

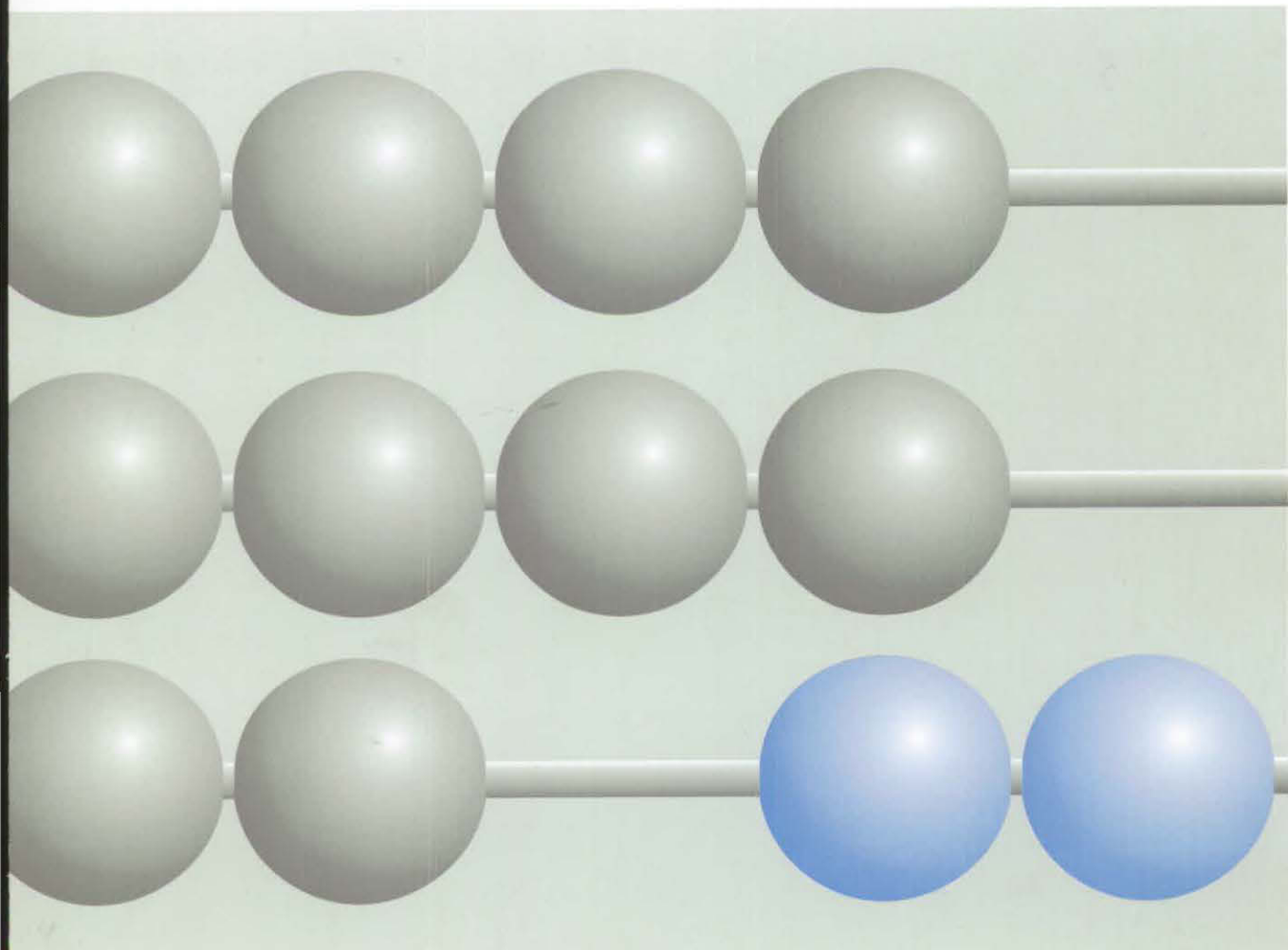
43. Jahrgang, Heft 2
Februar 1991

Religionszugehörigkeit
Schweineschlachtungen
Landeshaushalt

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein

Fröbelstraße 15-17

Postfach 1141

2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0

Telefax (0431) 6895 498

Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck

App. 286

Vertrieb:

App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,-

Jahresbezug DM 30,-

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

43. Jahrgang

Heft 2

Februar 1991

INHALT

Kurz gefaßt

30

Aufsätze

Religionszugehörigkeit 1987

31

Schweineschlachtungen — Ein Überblick
über Klassifizierung und Abrechnung

40

Grafik

Landeshaushalt 1991

38

Entwicklung im Bild

46

Aus unserem Archiv

Der Viehbestand seit 1861

48

Geflügelbestand seit 1900

Beilage

Zahlenbeilage

Verschuldung der Gemeinden gestiegen

Im 3. Quartal 1990 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes 2 150 Mill. DM eingenommen, 2,3 % mehr als im 3. Vierteljahr 1989. Nimmt man die ersten drei Quartale des Jahres zusammen, dann betragen die Einnahmen 1990 des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen 6,3 Mrd. DM, 5,4 % mehr als 1989. Die Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts in den ersten drei Quartalen 1990 übertrafen mit 6,6 Mrd. DM das Ergebnis des Vorjahres um 8,6 % .

Am 30. September 1990 waren die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 3,6 Mrd. DM verschuldet. Das sind 3,6 % mehr als ein Jahr zuvor.

Wachsende Gefährdung des Wassers durch Unfälle

Im Jahre 1989 wurden in Schleswig-Holstein 90 Unfälle bei der Lagerung und dem Transport wassergefährdender Stoffe registriert, 21 mehr als 1988.

Zwei Drittel der Schadensfälle beruhten auf technischen Mängeln, ein Drittel aller Unfälle war auf menschliches Fehlverhalten zurückzuführen.

Insgesamt liefen bei den Unfällen 500 m³ wassergefährdende Stoffe aus, wobei etwa 90 % Mineralölprodukte waren, in erster Linie Heizöl.

Bei 79 Unfällen wurde durch bereits am Unfallort eingeleitete Sofortmaßnahmen Schaden von der Umwelt abgewendet oder gemildert. Von der ausgelaufenen Menge konnten 436 m³ (87 %) wiedergewonnen werden.

Bruttoinlandsprodukt 1990 kräftig gestiegen

Nach ersten vorläufigen Schätzungen betrug das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1990 etwa 83 Mrd. DM. Das sind nominal 9,0 % mehr als 1989. Real, d. h. in Preisen von 1980 gemessen, war der Wert der in Schleswig-Holstein erzeugten Güter und Dienste um 5,2 % höher als ein Jahr zuvor. Im (alten) Bundesgebiet gab es nach ebenfalls erster vorläufiger Schätzung einen nominalen Zuwachs von 8,4 % und ein reales wirtschaftliches Wachstum von 4,7 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

Die Wachstumsträger in Schleswig-Holstein waren das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und der Handel. Das verarbeitende Gewerbe konnte im Zeitraum Januar bis November 1990 über 11 % höhere Umsätze erzielen als im selben Vorjahreszeitraum. Im Bauhauptgewerbe wurden 5 % mehr Arbeitsstunden geleistet als 1989 (Januar bis November). Der Einzelhandel setzte im Zeitraum Januar bis Oktober 1990 sogar 12 % mehr um als in den entsprechenden Monaten des Jahres zuvor. Auch das Gastgewerbe meldete um 5 % höhere Umsätze und der Fremdenverkehr 10 % mehr Ankünfte und Übernachtungen. Daß diese Zuwächse auch auf ökonomischen Transaktionen mit den neuen Bundesländern beruhen, kann vermutet, aber statistisch nicht belegt werden.

Eine gegenüber dem Ergebnis für 1990 schon wesentlich fundiertere Berechnung gibt es nunmehr für die Jahre 1988 und 1989. Danach hatte das reale wirtschaftliche Wachstum 1988 2,7 % (Bund 3,7 %) und 1989 1,5 % (Bund 3,3 %) betragen. Die mittlere jährliche Wachstumsrate in den neuberechneten drei Jahren 1988, 1989 und 1990 beträgt in Schleswig-Holstein 3,1 % und im Bund 3,9 %.

Religionszugehörigkeit 1987

Zur Volkszählung am 25. 5. 1987 wurde die Bevölkerung auch nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft befragt. In der Frage 4 des Personenbogens war dabei eine von sieben Antwortmöglichkeiten anzukreuzen:

- 4 Rechtliche Zugehörigkeit zu
* einer Religionsgesellschaft
- Römisch-katholische Kirche · ·
 - Evangelische Kirche · ·
 - Evangelische Freikirche · ·
 - Jüdische Religionsgesellschaft · ·
 - Islamische Religionsgemeinschaft · ·
 - andere Religionsgesellschaften · ·
 - keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig · ·

Da es eine Vielzahl verschiedener Glaubensgemeinschaften gibt, ist zunächst die Einordnung in die oben genannten Gruppen zu erläutern.

Bei der römisch-katholischen Kirche, der jüdischen und islamischen Religionsgemeinschaft gibt es keine Untergliederungen. Zur evangelischen Kirche zählen die evangelischen Landeskirchen, der Bund evangelisch-reformierter Kirchen, die europäisch-festländische Bruder-Unität (Herrnhuter Brüdergemeinde) und ausländische evangelische Kirchen (z. B. Church of England). Zur evangelischen Freikirche rechnen die deutschen Freikirchen (z. B. lutherische Freikirchen, reformierte freie Gemeinden) und ausländische Kirchen, die nicht der evangelischen Kirche zugerechnet werden (z. B. Free Church, Quäker, Presbyterianer).

Religionsgesellschaften, die nicht gesondert ausgewiesen sind, werden in die Gruppe „andere Religionsgesellschaften“ eingeordnet. Hierzu zählen zum Beispiel:

- die Ostkirchen: orthodoxe Kirche (z. B. griechisch-orthodoxe Kirche),
- die orientalische Kirche und Sondergruppen,
- die altkatholische Kirche und verwandte Gruppen,
- die christlich orientierten Sondergemeinschaften wie die Adventisten, Bibelforscher, Zeugen Jehovas, Christliche Wissenschaft, die katholisch-apostolische Kirche, die neuapostolische Kirche,
- die nichtchristlichen Volks- und Weltreligionen (z. B. Buddhismus) sowie
- die freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften.

Nicht nur für den Demographen dürfte interessant sein, welchen Einfluß der religiöse Glauben der Menschen auf Fertilität, Eheschließung und soziale Stellung hat. Doch die Volkszählung erfaßt natürlich nicht die religiösen Überzeugungen oder die Praktizierung der Glaubenssätze im täglichen Leben, sondern nur die formale Mitgliedschaft. Dabei kann sich der persönliche Glauben mit der Zeit verändern, ohne daß ein Austritt aus einer bzw. ein Eintritt in eine Religionsgesellschaft erfolgt. Umgekehrt muß ein Austritt nicht mit dem Verlust der Überzeugung gleichzusetzen sein. Andere Gründe können hierbei diese Entscheidung bewirken, wie z. B. Kirchensteuer.

In diesem Aufsatz wird die Bevölkerung Schleswig-Holsteins also allein nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft dargestellt.

Die Entwicklung bis 1987

Nach der Spaltung des Christentums in das katholische und protestantische (evangelische) Lager im 16. Jahrhundert sind die Gebiete des heutigen Schleswig-Holsteins stets eindeutig der zweiten Gruppe zuzuordnen gewesen. Das Verbot andere Religionen auszuüben und die Pflicht zum Kirchgang, so ausgedrückt in der Sabbatordnung vom dänischen König Christian VI. für die Herzogtümer Schleswig (1736) und Holstein (1744)¹, führten zu einem hohen Anteil aktiver Protestanten an der Bevölkerung. Noch bis weit in das letzte Jahrhundert hinein betrug der Anteil der evangelischen Kirchenmitglieder an der Bevölkerung Schleswig-Holsteins 99 % (Volkszählung 1885). Seit dieser Zeit sank der Anteil. Mit wachsender Bevölkerungsmobilität waren mehr Angehörige der römisch-katholischen Kirche zugewandert. Bis zur Volkszählung 1939 war ihr Anteil auf 4,3 % gestiegen. Auch die Bedeutung von Freireligiösen hatte zugenommen (auf 4,2 %). Den nächsten Einschnitt brachte die Zuwanderung von Vertriebenen und Flüchtlingen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges.

1) Geschichte Schleswig-Holsteins, Olaf Klose (Hrsg.) Neumünster 1960, 6. Band, S. 126 ff.

Auch wenn diese vorwiegend aus evangelischen Gebieten stammten, war doch unter ihnen der Anteil der Mitglieder der evangelischen Kirchen niedriger als der in Schleswig-Holstein.²

1950 hatten fast 2,3 Mill. Menschen angegeben, Mitglied der evangelischen Landes- oder Freikirche zu sein. Das entsprach — wie dann auch 1961 — einem Anteil an der Bevölkerung von 88 %. Bis 1970 war dieser Anteil um einen Prozentpunkt auf 87 % gesunken. Die deutlichste Veränderung war im Zeitraum 1970 bis 1987 zu verzeichnen gewesen, wobei diese weniger durch den längeren Zeitraum zwischen diesen beiden Volkszählungen — nämlich 17 Jahre — verursacht worden ist, sondern die Bereitschaft der Menschen ist gesunken, sich einer Kirche anzuschließen. Im Mai 1987 kreuzten 1,9 Mill. Personen auf dem Fragebogen an, daß sie der evangelischen Landes- oder Freikirche rechtlich zugehören. Demnach waren nur noch drei Viertel (74 %) der Bevölkerung Schleswig-Holsteins in einer evangelischen Kirche Mitglied. Diese Gruppe hat gegenüber der Volkszählung 1970 um rund eine viertel Million oder 12 % abgenommen.

Gleichzeitig hat sich die Zahl der Personen, die keiner Religionsgesellschaft angehören, erhöht. Die Statistiken sind reine Momentaufnahmen und geben nicht her, ob die Menschen — und wenn ja, in welche Richtung — ihre Religionszugehörigkeit verändert haben. Man darf aber vermuten, daß sich hinter der Verlagerung der Anteile vor allem Kirchenaustritte aus der evangelischen Landeskirche verbergen. Die Gruppe, die sich im Einzelfall als konfessionslos, religionslos, freidenkend oder atheistisch bezeichnet, hat sich 1987 gegenüber 1970 auf 430 000 Personen fast verdreifacht. In dieser Rechnung sind die Fälle ohne Angabe allerdings enthalten.

D 5938 Stat. LA S-H



Da für die Volkszählungen 1950 und 1987 eine gesonderte Ausweisung der Fälle ohne Angabe möglich ist, kann für diese Zeitpunkte die Auskunfts-bereitschaft offenbart werden. Während 1950 fast 14 000 Personen oder 0,5 % keine Auskunft über ihre Religionszugehörigkeit gemacht hatten, waren es 1987 fast 55 000 oder 2,1 %.

Im selben 37jährigen Zeitraum blieb die Anzahl der römisch-katholischen Kirchenmitglieder fast gleich: 1950 waren 155 000 oder 6,0 % gezählt worden, 1987 waren es mit 158 000 oder 6,2 % nur wenig mehr.

Bemerkenswert ist die Zunahme der Zahl der Personen, die anderen Religionsgesellschaften zugehören: Am 13. 9. 1950 hatte es gerade 2 000 Menschen gegeben, die weder der evangelischen noch der römisch-katholischen Kirche angehörten. Dagegen betrug deren Zahl 1987 fast 70 000 — und das bei annähernd gleich großer Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Fast jeder Zweite gehörte zur islamischen Religionsgemeinschaft (d. h. 1,3 % der Bevölkerung).

Eng korreliert mit der Zunahme derjenigen Religionsgesellschaften, die nicht evangelisch oder römisch-katholisch sind, ist der Zuwachs an Ausländern in Schleswig-Holstein. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung stieg von 0,7 % im Jahre 1950 auf 3,0 % 1987. 96 % der Mitglieder der islamischen Religionsgemeinschaft waren Ausländer, bei den „anderen“ war es immerhin noch jeder Fünfte (20 %).

Die auf dem Fragebogen aufgeführte evangelische Freikirche erreichte 1987 mit 20 000 Mitgliedern nicht einmal ein Prozent an der Bevölkerung (0,8 %). Die jüdische Religionsgesellschaft blieb mit knapp 500 Personen sogar weit unter einem Promille (0,02 %).

Die vier letzten Volkszählungen ergaben also, daß die evangelische Kirche zwar nach wie vor die deutlich größte Gemeinschaft ist, in ihrer Bedeutung aber verloren hat. Dem steht eine starke Zunahme bei den Gemeinschaftslosen gegenüber.

Überdurchschnittlich viele Konfessionslose in Kiel und nahe Hamburg

Die Anteile der Personen an der Bevölkerung, die keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehören, streuten in den Kreisen von 7,7 % in Nordfriesland bis 23 % in Stormarn. Hohe Werte hatten auch die Kreise Pinne-

2) Siehe hierzu auch Heft 5/72 dieser Zeitschrift über Religionszugehörigkeit 1970

**Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25.5.1987
nach der Religionszugehörigkeit in %**

KREISFREIE STADT Kreis	Römisch-katholische Kirche	Evangelische Kirche	Evangelische Freikirche	Jüdische Religionsgesellschaft	Islamische Religionsgemeinschaft	Andere Religionsgesellschaften	Keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	Fälle ohne Angabe
FLensburg	6,6	71,5	1,1	0,0	1,7	2,6	14,4	2,1
KIEL	7,6	61,7	0,7	0,0	2,9	1,3	20,2	5,4
LÜBECK	8,7	73,3	0,8	0,0	2,9	1,5	11,1	1,6
NEUMÜNSTER	7,0	72,4	0,6	0,0	2,9	1,2	13,2	2,6
Dithmarschen	3,9	84,3	0,6	0,0	0,3	1,2	8,5	1,1
Hzgt. Lauenburg	6,2	73,4	0,8	0,0	1,8	1,4	14,7	1,7
Nordfriesland	4,6	84,3	0,6	0,0	0,2	1,2	7,7	1,2
Ostholstein	6,2	79,9	0,8	0,0	0,3	1,1	10,2	1,6
Pinneberg	7,1	64,1	0,9	0,0	1,9	1,7	21,6	2,6
Plön	5,3	76,6	0,6	0,0	0,3	0,9	14,5	1,8
Rendsburg-Eckernförde	5,3	77,9	0,7	0,0	0,6	1,1	12,6	1,8
Schleswig-Flensburg	4,5	82,8	0,8	0,0	0,2	1,4	8,7	1,6
Segeberg	6,0	67,4	0,8	0,0	1,2	1,6	20,9	2,1
Steinburg	4,3	80,7	0,7	0,0	0,9	1,1	11,0	1,3
Stormarn	7,4	64,6	0,9	0,0	0,8	1,4	22,8	2,1
Schleswig-Holstein	6,2	73,3	0,8	0,0	1,3	1,4	14,8	2,1

berg (22 %), Segeberg (21 %) und Kiel (20 %). Auch der vierte der an Hamburg grenzenden Kreise, das Hzgt. Lauenburg, liegt mit 15 % Konfessionslosen immerhin noch im Landesmittel.

Diese hohen Anteile gingen jeweils einher mit relativ geringen Anteilen der evangelischen Kirche. Mit 62 % wurde in Kiel der niedrigste Anteil der evangelischen Kirche berechnet. Der Spitzenwert lag mit je 84 % in Nordfriesland und Dithmarschen. Überhaupt war die evangelische Kirche in den ländlich geprägten Kreisen — nämlich auch in Steinburg und Schleswig-Flensburg — überdurchschnittlich stark vertreten. Weil Kiel größer ist, lebten dort aber trotz des niedrigsten Anteils mehr Mitglieder der evangelischen Kirche (147 000) als in Dithmarschen (108 000).

Die Katholiken (genauer: römisch-katholische Glaubensrichtung) sind mit 3,9 % der Bevölkerung in Dithmarschen am schwächsten und mit 8,7 % in Lübeck am stärksten vertreten. Die evangelische Freikirche erreichte nur in Flensburg ein Prozent (1,1 %). In allen anderen Kreisen blieb sie unter einem Prozent. Die jüdische Religionsgesellschaft trat in keinem Kreis zahlenmäßig hervor und hatte ausnahmslos Anteile von unter einem Promille zu verzeichnen. Relativ viele Personen gaben in den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck

und Neumünster (je 2,9 %) an, der islamischen Religionsgemeinschaft anzugehören.

Daß viele Bewohner des Hamburger Umlandgebietes und Kiels keiner Religionsgesellschaft angehörten, gilt für die Männer wie für die Frauen. Große Unterschiede nach dem Geschlecht sind dagegen bei den Angehörigen der evangelischen Kirche und den Konfessionslosen zu erkennen. Während in sämtlichen Kreisen mehr Frauen als Männer der evangelischen Kirche zugehörten — im Land 164 000 oder 7,3 Prozentpunkte — waren mehr Männer als Frauen keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig — im Land 71 000 oder 6,7 Prozentpunkte. Das stärkt die These, daß es zwischen dem Rückgang der sich evangelisch bekennenden Bevölkerung und der Zunahme der Zahl der Konfessionslosen einen direkten Zusammenhang gibt.

In den Kreisen war die Auskunftsbereitschaft der Befragten über ihre Religionszugehörigkeit unterschiedlich. Dabei ragt Kiel deutlich heraus, wo jeder Zwanzigste — also fast 13 000 — keine Angabe zur Religionszugehörigkeit machte. Mit anderen Worten: fast jeder vierte Fall ohne Angabe in Schleswig-Holstein wurde in Kiel verzeichnet. Dies ist sicherlich durch Kiels Stellung als Universitätsstadt zu erklären, da besonders aus Studentenkreisen große Widerstände gegen die Volkszählung laut wurden.

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in den Bundesländern am 25.5.1987 nach der Religionszugehörigkeit in %

Bundesland	Römisch-katholische Kirche	Evangelische Kirche	Evangelische Freikirche	Jüdische Religionsgesellschaft	Islamische Religionsgemeinschaft	Andere Religionsgesellschaften	Keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	Fälle ohne Angabe
Schleswig-Holstein	6,2	73,3	0,8	0,0	1,3	1,4	14,8	2,1
Hamburg	8,6	50,2	0,9	0,1	3,9	2,2	27,3	6,9
Niedersachsen	19,6	65,2	0,9	0,0	1,4	1,5	9,4	2,0
Bremen	10,0	61,0	0,8	0,0	3,7	1,5	15,0	8,0
Nordrhein-Westfalen	49,4	35,2	0,6	0,0	3,4	2,0	6,6	2,7
Hessen	30,4	51,7	1,0	0,1	3,1	2,2	9,0	2,5
Rheinland-Pfalz	54,5	37,2	0,5	0,0	1,6	1,2	4,1	0,8
Baden-Württemberg	45,3	40,7	0,8	0,0	2,9	3,1	5,7	1,5
Bayern	67,2	23,9	0,2	0,0	2,0	1,6	4,5	0,6
Saarland	72,7	21,7	0,2	0,0	0,9	1,1	2,5	0,7
Berlin (West)	12,8	48,3	0,9	0,3	6,3	2,4	25,9	3,1
Bundesgebiet	42,9	41,6	0,6	0,1	2,7	2,0	8,0	2,0

Schleswig-Holstein mit höchstem Protestantenteil aller Bundesländer

Schleswig-Holstein hatte zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 mit 73 % den von allen Bundesländern höchsten Anteil der sich zur evangelischen Kirche zählenden Menschen an der Bevölkerung. Auf der anderen Seite ist mit 6,2 % der Anteil der römisch-katholischen Kirche in keinem anderen Bundesland so niedrig gewesen wie bei uns. Außer im nördlichsten Bundesland ist die evangelische Kirche auch in den Stadtstaaten Hamburg (50 %), Bremen (61 %), West-Berlin (48 %) und in den Ländern Niedersachsen (65 %) und Hessen (52 %) die bedeutendste Konfession. In den südlichen Bundesländern ist die römisch-katholische Kirche am stärksten vertreten. Dabei hatte sie im Saarland mit 73 % den höchsten Anteil.

Der Anzahl nach lebten die meisten Personen, die der evangelischen (5,9 Mill.) und der römisch-katholischen (8,3 Mill.) Kirche angehören, im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Im damaligen Bundesgebiet lag die römisch-katholische Kirche mit 26 Mill. Mitgliedern oder 43 % der Bevölkerung vor der evangelischen Kirche mit 25 Mill. Personen oder 42 %. Beide Kirchen haben aber an Bedeutung verloren. Der Rückgang in der Zahl der Mitglieder gegenüber der Volkszählung 1970 ist bei der römisch-katholischen Kirche mit 3,1 % geringer ausgefallen als bei der evangelischen (10,8 %). Auffallend sind die unterschiedlichen Anteile der Personen ohne rechtliche Religionszugehörigkeit in den Bundesländern

am 25. 5. 1987. Diese Anteile streuten von 2,5 % im Saarland bis 27 % in Hamburg.

Im Bundesgebiet gehörten rund 5 Mill. Personen oder 8,0 % keiner Religionsgesellschaft an. Hohe Anteile der Gemeinschaftslosen waren außer in Hamburg auch in den anderen beiden Stadtstaaten West-Berlin (26 %) und Bremen (15 %) zu verzeichnen. Ansonsten besaß nur noch Schleswig-Holstein mit 15 % einen zweistelligen Anteil.

Bemerkenswert ist die relativ große Bedeutung der islamischen Religionsgemeinschaft in West-Berlin (6,3 %). Dies ist dadurch zu erklären, daß West-Berlin den höchsten Ausländeranteil der Bundesländer besaß (11 %). Darunter waren allein die Hälfte Türken (47 %), die der islamischen Religionsgemeinschaft angehörten.

Die Mitglieder der evangelischen Freikirche erreichten nur in Hessen ein Prozent — Bund 0,6 %. Die jüdische Religionsgesellschaft besaß wie in Schleswig-Holstein auch im Bundesgebiet (0,1 %) keine große Bedeutung. Außer in Hamburg, Hessen und West-Berlin blieb ihr Anteil unter einem Promille.

Mit 2,1 % entsprach Schleswig-Holstein fast dem Bundesdurchschnitt von 2,0 %, wenn es um die Auskunftsverweigerung der Bevölkerung über die Religionszugehörigkeit geht. 1,2 Mill. Fälle ohne Angabe wurden im Bundesgebiet gezählt. Dabei hatten besonders Bremen (8,0 %) und Hamburg (6,9 %) hohe Anteile zu verzeichnen. Am auskunftsfreudigsten war die Bevölkerung in Bayern (0,6 %), im Saarland (0,7 %) und in Rheinland-Pfalz (0,8 %).

Hoher Ausländeranteil bedeutet höheren Anteil an jungen Leuten

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins am 25. 5. 1987 läßt sich in vier Altersgruppen gliedern:

- 560 000 oder 22 % waren unter 20 Jahre alt,
- 750 000 oder 29 % waren im Alter von 20 bis unter 40 Jahren,
- 700 000 oder 27 % waren im Alter von 40 bis unter 60 Jahren und
- 540 000 oder 21 % waren 60 Jahre und älter.

In den einzelnen Religionsgesellschaften sieht die Altersstruktur recht unterschiedlich aus. Am auffälligsten ist dabei die islamische Religionsgemeinschaft, wo mehr als drei Viertel der Mitglieder (76 %) unter 40 Jahre alt waren. Da aber fast jedes Mitglied (96 %) eine Ausländerin oder ein Ausländer war und die ausländische Bevölkerung einen deutlich jüngeren Altersaufbau als die deutsche aufwies, ist diese Beobachtung nicht überraschend. Die jüngere Altersstruktur ist besonders bei den Ausländerinnen offenbar: 73 % waren unter 40 Jahre alt — gegenüber 47 % bei den deutschen Frauen und Mädchen. Der relativ hohe Ausländeranteil führte auch bei der jüdischen und bei den „anderen“ Religionsgesellschaften dazu, daß in ihrer Altersstruktur die jüngeren Jahrgänge relativ stärker besetzt waren als in der deutschen Bevölkerung. Da aber weder Ausländer noch islamische, jüdische oder „andere“ Religionsgesellschaften in Schleswig-Holstein von der Anzahl her eine große Bedeutung besitzen, ist die Wirkung auf den Altersaufbau der gesamten Bevölkerung nur marginal.

Weil die evangelische Kirche sehr stark vertreten ist, ist natürlich auch der Altersaufbau ihrer Mitgliedschaft dem der Bevölkerung Schleswig-Holsteins sehr ähnlich. Die römisch-katholische Kirche hatte im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weniger Mitglieder im Alter von unter 20 Jahren (19 %), aber dafür mehr in der Altersklasse von 20 bis unter 40 Jahren (33 %). Unter den Mitgliedern der evangelischen Freikirche waren relativ mehr ältere Menschen als sonst in der Bevölkerung. 19 % der Mitglieder waren unter 20 und 27 % über 59 Jahre alt. Ungefähr zwei Drittel der Personen, die keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörten, waren im Alter von 20 bis unter 60 Jahren.

Die Auskunftswilligkeit war bei der älteren Bevölkerung größer als bei der jüngeren. Die Personen ohne Angabe der Religionszugehörigkeit waren zu 70 % unter 40 Jahre alt.

Erwerbstätige der Landwirtschaft mit besonders hohem Protestantenanteil

Am 25. 5. 1987 wurden 690 000 männliche und 431 000 weibliche Erwerbstätige mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein gezählt. Diese insgesamt 1,12 Mill. Erwerbstätigen hatten im Personenbogen zur Volkszählung auch anzugeben, welchem Wirtschaftszweig der Betrieb (Firma, Dienststelle) angehört, in dem sie tätig sind. Gliedert man diese Personen nach den vier Wirtschaftsbereichen

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- Produzierendes Gewerbe,
- Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
- übrige Wirtschaftsbereiche,

gehörten dem ersten Bereich 56 000, dem zweiten 340 000, dem dritten 234 000 und dem vierten 492 000 Erwerbstätige an. Die Konfessionsstruktur der Erwerbstätigen entsprach ungefähr der der Bevölkerung. Bei den Erwerbstätigen waren es aber 19 % — gegenüber 15 % bei der gesamten Bevölkerung —, die keiner Religionsgesellschaft zugehörten. Diesem höheren Anteil entsprach auch hier ein entsprechend kleinerer der evangelischen Kirche (70 % gegenüber 73 % in der gesamten Bevölkerung).

Die Erwerbstätigen der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei waren zu 90 % Mitglieder der evangelischen Kirche. Auch darin zeigt sich das hohe Gewicht dieser Konfession in den ländlich geprägten Regionen. Dieser Anteil übertraf deutlich den der anderen drei Wirtschaftsbereiche, die zwischen 67 % (Produzierendes Gewerbe) und 71 % (Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) lagen.

In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei waren folglich die Anteile der römisch-katholischen Kirche (2,4 %), der Gemeinschaftslosen (4,4 %) und der Fälle ohne Angabe (1,3 %) im Vergleich mit den anderen drei Wirtschaftsbereichen deutlich am niedrigsten. Auffallend ist der vergleichsweise hohe Anteil der islamischen Religionsgemeinschaft mit 2,4 % beim produzierenden Gewerbe. Zwei Drittel (67 %) der erwerbstätigen Muslime arbeiteten im produzierenden Gewerbe. Die römisch-katholische Kirche mit 7,1 %, die evangelische Freikirche mit 0,8 % und die Fälle ohne Angabe der Religionszugehörigkeit mit 2,7 % hatten bei den übrigen Wirtschaftsbereichen den in dieser Wirtschaftsgliederung höchsten Anteil zu verzeichnen.

Eng verknüpft mit diesen Ergebnissen ist nun die Stellung im Beruf zu sehen.

**Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein
am 25.5.1987 nach Religionszugehörigkeit und Wirtschaftsbereich in %**

Religionszugehörigkeit	Erwerbstätige insgesamt	Davon			
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	übrige Wirtschaftsbereiche
Römisch-katholische Kirche	6,1	2,4	5,6	5,5	7,1
Evangelische Kirche	69,7	90,1	67,2	71,2	68,5
Evangelische Freikirche	0,7	0,6	0,6	0,6	0,8
Jüdische Religionsgesellschaft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Islamische Religionsgemeinschaft	1,1	0,7	2,4	0,5	0,5
Andere Religionsgesellschaften	1,3	0,5	1,4	1,1	1,4
Keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	18,7	4,4	20,6	18,9	19,0
Fälle ohne Angabe	2,4	1,3	2,2	2,1	2,7
Insgesamt	100	100	100	100	100

**Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25.5.1987
nach Religionszugehörigkeit und Stellung im Beruf**

Religionszugehörigkeit	Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte	Angestellte	Auszubildende kaufm./technisch	Arbeiter	Auszubildende gewerblich
Römisch-katholische Kirche	5,2	3,8	8,0	6,3	5,4	5,7	4,7
Evangelische Kirche	69,2	85,5	67,3	64,4	84,8	72,5	85,3
Evangelische Freikirche	0,7	0,8	0,6	0,8	0,8	0,6	0,7
Jüdische Religionsgesellschaft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Islamische Religionsgemeinschaft	0,4	0,2	0,1	0,3	0,5	2,7	1,2
Andere Religionsgesellschaften	1,4	1,0	1,1	1,4	1,1	1,3	1,0
Keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	20,8	7,3	19,8	24,2	6,1	15,0	6,0
Fälle ohne Angabe	2,3	1,3	3,1	2,6	1,3	2,2	1,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Insgesamt	103	23	140	427	44	339	45

Anzahl in 1 000

**Beamte mit überdurchschnittlichem
Katholikenanteil**

In der Volkszählung wurde auch nach der „Stellung im Beruf“ gefragt. Welche Kategorien sich dahinter verbergen, zeigt der Kopf der Tabelle.

Die evangelische Kirche erreichte bei den mithelfenden Familienangehörigen den höchsten Anteil mit 86 %, wobei mehr als die Hälfte in der Land-, Forstwirtschaft oder Fischerei arbeiteten. Auch von den Auszubildenden waren relativ viele (85 %) Mitglied der evangelischen Kirche.

Auch hier wird ein direkter, kompensatorischer Zusammenhang zwischen Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche und Konfessionslosigkeit erkennbar. Die Bedeutung der evangelischen Kirche war dort vergleichsweise gering, wo es viele Erwerbstätige gab, die keiner Religionsgesellschaft zugehörten und umgekehrt. Bei den Angestellten war fast jeder Vierte gemeinschaftlos

(24 %), bei den Selbständigen (21 %) und Beamten (20 %) ungefähr jeder fünfte Erwerbstätige und bei den Arbeitern fast jeder siebte (15 %).

Die Arbeiter hatten mit 2,7 % den höchsten Anteil an Erwerbstätigen, die der islamischen Religionsgemeinschaft angehörten. Dabei arbeiteten mehr als drei Viertel dieser Muslime im produzierenden Gewerbe (77 %). Hier wirkt sich der hohe Ausländeranteil an dieser Religionsgemeinschaft aus.

Die Katholiken waren bei den Beamten mit 8,0 % am stärksten und mit 3,8 % bei den mithelfenden Familienangehörigen am schwächsten vertreten.

3,1 % der Beamten hatten am 25. 5. 1987 keine Angabe zur Religionszugehörigkeit gemacht. Damit waren sie unter den Erwerbstätigen die auskunftsunwilligste Gruppe. Über dem Durchschnitt von 2,4 % Fällen ohne Angabe bei den Erwerbstätigen lagen nur noch die Angestellten mit 2,6 %.

Thomas Borck

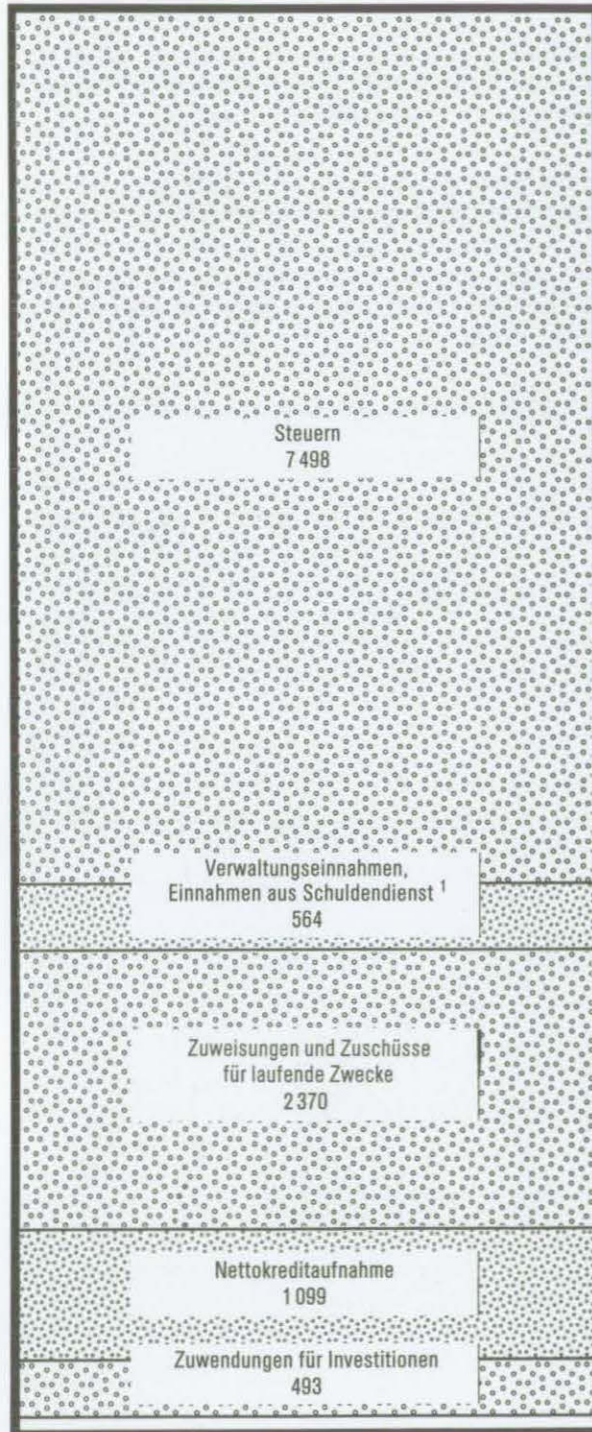


LANDESHAUSHALT 1991

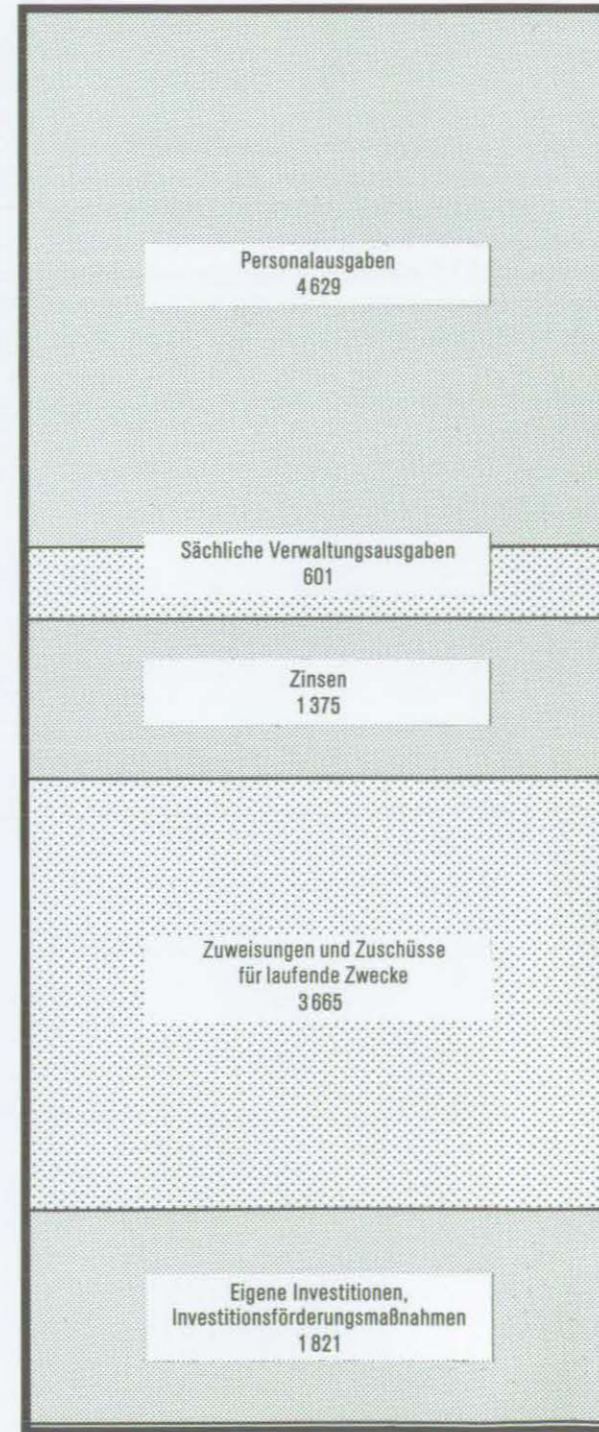
in Millionen DM

12 122

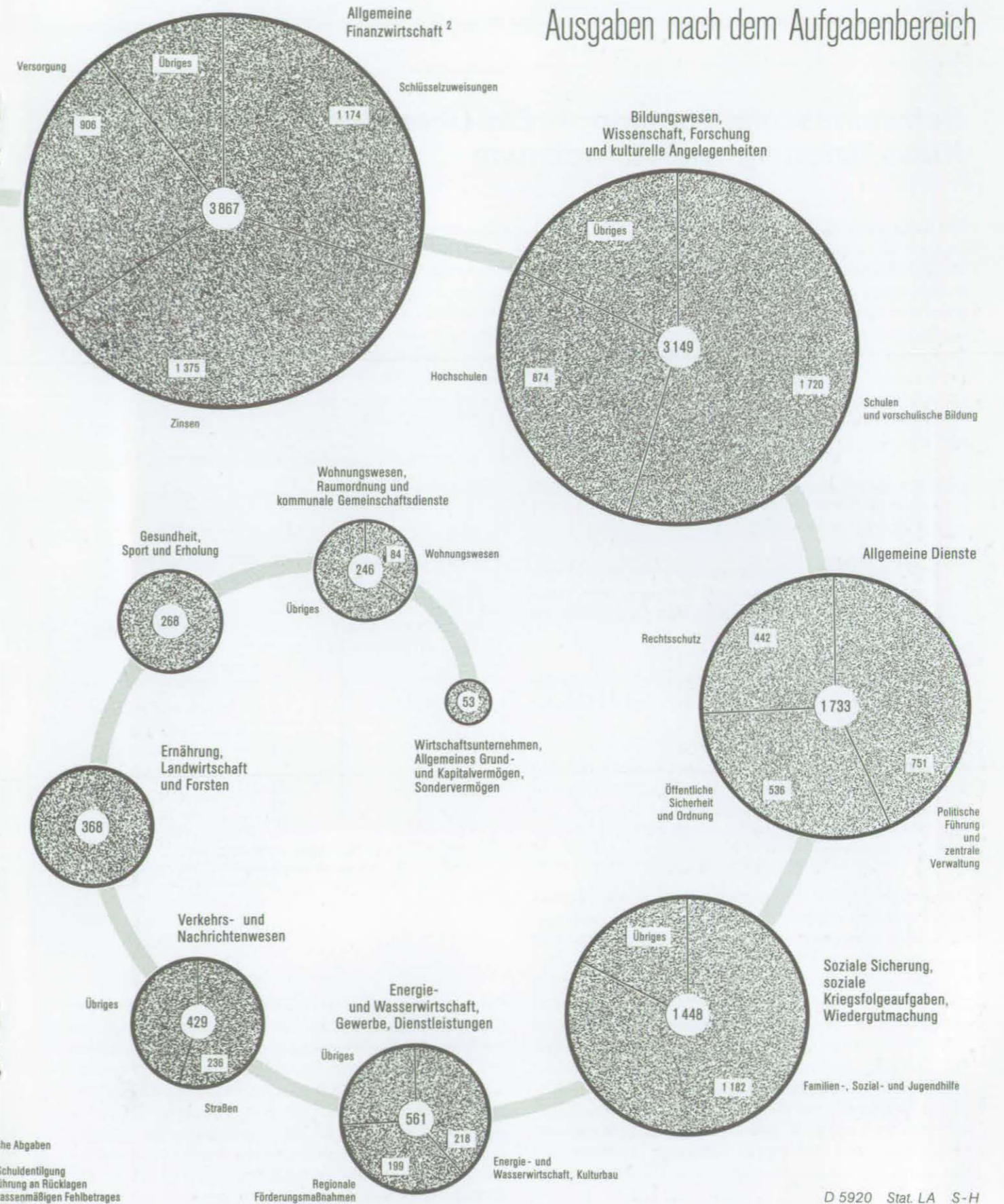
Einnahmen



Ausgaben²



Ausgaben nach dem Aufgabenbereich



1) einschl. steuerähnliche Abgaben
 2) ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen und Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages

Schweineschlachtungen — Ein Überblick über Klassifizierung und Abrechnung

Die Erzeugung von Fleisch ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Landwirtschaft. Wöchentlich erstellte und von den Nutzern pünktlich erwartete Statistiken über die in Schleswig-Holstein erzeugte Fleischmenge werden dem Wunsch nach stets aktueller Information auf diesem Gebiet gerecht. Es ist Aufgabe der amtlichen Statistik, die für die Beurteilung der Fleischerzeugung notwendigen Grunddaten zur Verfügung zu stellen. Festgelegt ist dies im Gesetz über Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975. Es schreibt vor:

- Erhebungen über die Zahl der geschlachteten Tiere, an denen die Schlacht tier und Fleischschau vorgenommen wurde, und
- Erhebungen über das Lebendgewicht der auf den Schlachtviehgroßmärkten und Schlachtviehmärkten aufgetriebenen Tiere, aus dem das entsprechende Schlachtgewicht errechnet wird.

So entstehen zwei zunächst getrennt zu betrachtende Statistiken, die Schlachtungsstatistik und die Schlachtgewichtsstatistik.

Die Angaben zur Schlachtungsstatistik werden den von den Fleischbeschautierärzten und Fleischbeschauern zu führenden Beschautagebüchern entnommen und über die Kreisveterinärämter an das Statistische Landesamt weitergeleitet.

Die Angaben zur Schlachtgewichtsstatistik werden ebenfalls nicht eigens erhoben, sondern aus Informationen entnommen, die im Rahmen schlachtungs- und vermarktungsrechtlicher Bestimmungen ohnehin anfallen. Das heißt, sie kommen von den Märkten, für die nach dem Vieh- und Fleischgesetz Marktschlußscheine und amtliche Notierungen vorgeschrieben sind. Zusätzlich können auch nach den Vorschriften der Vierten Durchführungsverordnung (4. DVO) zum Vieh- und Fleischgesetz erstattete Meldungen verwendet werden. Diese im Gesetz über Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik von 1975 noch eher am Rande formulierte Möglichkeit ist in den letzten Jahren zur vorherrschenden Form der Gewichtsangabe für die Statistik geworden.

Die Lebendviehmärkte melden direkt an das Statistische Landesamt, von den Versandschlachtereien kommen die Angaben über die für die Preisberichterstattung zuständigen Meldebehörden. Die Angaben der Lebendviehmärkte sind nach Kategorien und Handelsklassen untergliedert. Das Schlachtgewicht wird vom Statistischen Landesamt über feste Ausbeutesätze ermittelt, die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten festgesetzt und im Bundesanzeiger veröffentlicht sind.

In die Schlachtgewichtsstatistik gehen also folgende Nachweisungen ein:

Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik



D 5939 Stat. LA S-H

Das eigentliche Ziel der Statistik ist die Ermittlung der Schlachtmenge, die die Versorgungssituation kennzeichnet. Dabei wird zwischen Haus- und gewerblichen Schlachtungen sowie Tieren inländischer und ausländischer Herkunft unterschieden. In die Statistik gehen also sowohl Meldungen von Schlachtviehgroßmärkten ein, auf denen lebendes Vieh vermarktet wird, als auch Angaben von Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken, die bei der Vermarktung von Fleisch die Lebendviehmärkte nicht mehr berühren.

Was steckt nun hinter diesen Angaben, die am Ende zum Beispiel zur „Schlachtmenge gewerbliche Schlachtungen insgesamt“ zusammengeführt werden? Im folgenden soll dargestellt werden, wie sich die Vermarktungsformen und damit auch die Bewertung von Schlachttieren in der Vergangenheit gewandelt haben, denn davon hängt ja wesentlich auch die Aussagekraft der Statistik darüber ab. Über Methode und Ergebnisse der Schlachtungsstatistik in Schleswig-Holstein ist in Heft 11/87 dieser Zeitschrift ausführlich berichtet worden.

Geschlachtetvermarktung verdrängt die Lebendvermarktung

Bei der Gewichtsfeststellung für die Schlachtgewichtsstatistik entstehen heute in zahlreichen Bundesländern zunehmend Probleme durch den Rückgang der Lebendvermarktung von Tieren und damit fehlende oder nur in geringem Umfang vorhandene Gewichtsangaben von Lebendviehmärkten. Noch Mitte der 50er Jahre wurden 40 % der inländischen, für den Markt produzierten Schlachtschweine über Groß- und Mittelmärkte für Lebendvieh abgesetzt.¹ 1951 wurde das Gesetz über den Verkehr mit Vieh- und Fleisch (Vieh- und Fleischgesetz) erlassen, das im wesentlichen die Marktbeobachtung und -beaufsichtigung regelte. Angebot und Nachfrage wurden auf wenige Orte konzentriert, um somit eine übersichtliche Preisfindung zu ermöglichen. Zudem konnte das durchaus nicht einheitliche Gut Schwein direkt vom Käufer und Verkäufer kontrolliert werden. Die entsprechend gebildeten Preise auf diesen Märkten waren Maßstab für kleinere Märkte und für Direktverkäufe sowie für den vor- und nachgelagerten Bereich.²

Bei der Abrechnung nach Lebendgewicht können die Handelsklassen für lebendes Vieh berücksichtigt werden.³ Dabei gilt seit 1979 für lebende Schlachtschweine das folgende Handelsklassenschema:

Gewicht in kg	Handelsklasse
Schwere Schweine 120 und mehr	a
Schweine 80 - 120	c
Schweine unter 80	e
g ₁ , i, g ₂	Sauen, Altschneider

Die Klasse c bietet noch die Möglichkeit einer weiteren Qualitätsunterteilung, sie umfaßt ca. 90 % des Auftriebes zur Lebendviehvermarktung.

Über 50 Jahre lang, von 1904 bis 1960, flossen nur die freiwillig bereitgestellten Gewichtsangaben öffentlicher Schlachthäuser in die Schlachtgewichtsstatistik ein. So wurden in Schleswig-Holstein bis 1950 noch die Nachweisungen der Schlachthöfe Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Schleswig und Itzehoe repräsentativ ausgewertet. Ab 1951 wurden nur noch die Schlachthöfe Kiel, Lübeck und Flensburg einbezogen. Bereits seit Beginn der 70er Jahre fließen, der immer stärkeren Tendenz zur Geschlachtetvermarktung folgend, die Nachweisungen der wichtigsten Versandschlachtereien zur Ermittlung der Schlachtgewichte in die Statistik mit ein. Seit Anfang der 80er Jahre meldet nur noch der Schlachthof in Kiel Lebendgewichte für Schweine und Rinder nach Handelsklassen. Der Anteil dieser Meldungen für Schweine an allen gewerblichen Schweineschlachtungen in Schleswig-Holstein lag jedoch bereits vor 10 Jahren bei ca. 1 %. Im Jahre 1990 war er nochmals deutlich gesunken, seit Mitte des Jahres konnten dem Statistischen Landesamt keinerlei Gewichtsangaben des öffentlichen Kieler Schlachthofes mehr gemeldet werden. Für das Jahr 1989 z. B. bedeutet dies eine Anzahl von 35 000 Tieren gegenüber 1,8 Mill. Tieren in den nach der 4. DVO meldepflichtigen Schlachtbetrieben. Dies bedeutet auch, daß bei Wegfall der Lebendgewichte über eine Änderung des Berechnungsmodus für die Schlachtgewichtsstatistik nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch auf Bundesebene nachzudenken ist.

Die Vermarktung über Lebendmärkte hat für den Erzeuger erhebliche Nachteile. Der Transport lebender Tiere in die Verbrauchsgebiete ist mit hohen Verlusten verbunden, vor allem bei stark streßanfälligen Tieren. Die Verluste werden von der Bundesanstalt für Fleischforschung bei Entfernungen von 100 bis 200 km mit 2,5 bis 3,5 % des Stallausgangsgewichtes angegeben.⁴

1) Böckenhoff, E., Vom Vieh zum Fleisch, Wandel der Vermarktungsformen, Sonderdruck aus: Lebendiges Fleischerhandwerk, Deutscher Fleischerverband (Hrsg.), Frankfurt/Main, 1975, S. 116.

2) Böckenhoff, E., Marktstruktur und Preisbildung bei Schlachtvieh und Fleisch in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. (Hrsg.), Bonn 1966, S. 55

3) Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AID), Hrsg., Schlachtvieh verkaufen, Bd. 1113, 1987, S. 3.

4) Ruhr-Stickstoff-AG (Hrsg.), Faustzahlen für Landwirtschaft und Gartenbau, 10. Auflage, Bochum 1983, S. 131

Auch die gestiegenen Personalkosten und die moderne Kühltechnik, die den Transport geschlachteten Viehs erlaubt, haben dazu beigetragen, daß die Bedeutung der Lebendviehmärkte gesunken ist.

Ein wesentlicher Vorteil von Lebendviehmärkten ist aber die Konzentration der Marktpartner und in Verbindung damit eine stets aktuelle Preisnotierung und hohe Markttransparenz. Weil ihre Bedeutung nachläßt, können die Lebendviehmärkte jedoch ihrer Leitpreisfunktion immer weniger gerecht werden, somit verringert sich die Markttransparenz auf den übrigen Märkten, aber auch im vor- und nachgelagerten Bereich. Demzufolge wird der Verkauf von lebenden Tieren immer schwieriger, da die wenigen Umrechnungsverfahren, die es zur Ermittlung einer Lebend- aus einer Geschlachteternotierung gibt, nicht allgemein verbindlich sind.⁵

Die Bedeutung der Lebendviehmärkte ist natürlich nur deshalb gesunken, weil mit der Geschlachtetervermarktung eine Alternative entwickelt worden ist. Die Nachteile der Lebendviehvermarktung sind die Vorteile der Geschlachtetervermarktung, und umgekehrt. Die Schlachtungen konzentrieren sich heute in Erzeugernähe, zentrale Märkte werden nicht berührt. Damit treten Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken vermehrt in den Vordergrund. Von herausragender Bedeutung sind dabei folgende Faktoren:

- Die Transportkosten verringern sich durch die Schlachtung in Erzeugernähe.
- Personalkosten werden durch Arbeitsteilung und Rationalisierung vermindert.
- Die „wertbestimmenden Kriterien“, an denen sich die Bezahlung orientiert, können am geschlachteten Tier besser beurteilt werden.
- Es kann differenzierter bezahlt werden, und infolgedessen können sich die Produzenten schneller und besser an die Anforderungen des Marktes anpassen.

Aber auch gegen die Geschlachtetervermarktung werden Argumente laut, deren häufigstes wohl die Verschlechterung der Markttransparenz infolge mangelnder Aktualität der Preise ist. Hinzu kamen häufig voneinander abweichende Durchschnitts-Magerfleischanteile und Ausschachtung innerhalb eines Betriebes. Dem trägt die am 1. Oktober 1989 in Schleswig-Holstein eingeführte neutrale Klassifizierung und Verwiegung von Schlachtkörpern Rechnung. Sie stellt sicher, daß der

Muskelfleischanteil und das Schlachtgewicht durch unabhängige Kontrollorganisationen festgestellt werden. Die Kosten für dieses Verfahren trägt der Landwirt.⁶

Verschiedene Ansätze bei der Veränderung der Handelsklassen

Der Tendenz zur Geschlachtetervermarktung wurde 1965 mit einer Verordnung über gesetzliche Handelsklassen für Schweinehälften Rechnung getragen. Damit wurden für halbe Tierkörper von Hausschweinen erstmals Qualitätsklassen eingeführt, denen objektive Kriterien wie Schlachtgewicht und Speckdicke zugrunde lagen. Zudem erfolgte eine subjektive Berücksichtigung des Typs, so wurde z. B. die Fleischfülle anhand des Schinkens bewertet, aufgrund dessen eine Umklassifizierung nach der Feststellung von Gewicht und Rückenspeckdicke vorgenommen werden konnte. Keine Beachtung erfuhr dabei die Fleischqualität. Das „alte“ Handelsklassenschema kannte die folgenden Klassen:

- E - extra
- I - vollfleischig
- II - fleischig
- III - weniger fleischig
- IV - alle Schweinehälften, die den Bestimmungen der vorstehenden Handelsklassen nicht genügen
- s₁ - Hälften von vollfleischigen Sauen
- s₂ - Hälften von anderen Sauen
- v - Hälften von Ebern und Altschneidern

Nach häufiger Kritik, die sich besonders stark an der Subjektivität der Bewertung entzündete, wurde über mehrere Stufen dann im November 1984 mit einer Verordnung ein neues gemeinschaftliches Handelsklassenschema eingeführt. Da man sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht auf einheitliche Modalitäten einigen konnte, ist die Anwendung dieses Schemas national zu regeln. Die entsprechende deutsche Handelsklassenverordnung trat am 1. April 1987 in Kraft. Sie basiert auf dem Gewicht und dem Muskelfleischanteil am Schlachtkörper, der als solcher fest definiert ist und mit statistisch gesicherten Schätzverfahren eingestuft wird, die wiederum auf objektiven Messungen am Schlachtkörper beruhen.

Die alte Beurteilung des Typs entfällt nach dieser Einteilung, die Fleischbeschaffenheit bleibt auch hier unberücksichtigt. Gerade vor dem Hintergrund der

5) Timm, U., Probleme und Lösungsmöglichkeiten der Schlachtschweinevermarktung, H. Stamer (Hrsg.), Agrarmarktstudien, Heft 21, Hamburg/Berlin 1986, S. 66 ff.

6) Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein (Hrsg.), Betriebswirtschaftliche Mitteilungen, Nr. 417 (Schweinerreport 1989), Kiel, Dezember 1989, S. 75.

Klasse	v. H. Muskelfleischanteil des Schlachtkörpergewichtes
E	55 und mehr
U	50 und mehr, jedoch weniger als 55
R	45 und mehr, jedoch weniger als 50
O	40 und mehr, jedoch weniger als 45
P	weniger als 40
M ₁	Schlachtkörper von vollfleischigen Sauen
M ₂	Schlachtkörper von anderen Sauen
V	Schlachtkörper von Ebern und Altschneidern

Diskussion um PSE- und DFD-Fleisch⁷ wurde daher die Methode einer rein quantitativen Bewertung häufig als unzureichend kritisiert. Eine neue Verordnung über gesetzliche Handelsklassen für Schweinehälften vom 28. August 1990 formuliert neben dem bereits skizzierten EUROP-Handelsklassenschema drei Unterklassen, die zur Beurteilung subjektiver Merkmale herangezogen werden können:

- 1 Hervorragende Ausbildung der fleischtragenden Körperpartien
- 2 Gute bis sehr gute Ausbildung der fleischtragenden Körperpartien
- 3 Geringe Ausbildung der fleischtragenden Körperpartien

Diese Unterklassen sind jedoch nicht verbindlich. In der Verordnung heißt es dazu: „In den Bundesländern, in denen der Handelswert des Schlachtkörpers überwiegend auch nach der Ausbildung der fleischtragenden Körperpartien bestimmt wird, werden zusätzlich zu den Handelsklassen nach Absatz 1 (EUROP-Schema) jeweils die ... bezeichneten Unterklassen als gesetzliche Handelsklassen eingeführt. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten macht die Bundesländer, in denen die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt sind, im Einvernehmen mit diesen Ländern im Bundesanzeiger bekannt.“ Bislang hat jedoch kein Bundesland die Klassifizierung nach Typ beantragt.⁸

Weil die Bedeutung der Lebendviehmärkte abgenommen hatte und deshalb aktuelle Preisnotierungen fehlten, mußte der Gesetzgeber Regelungen schaffen, die auch weiterhin eine größtmögliche Markttransparenz und übersichtliche Notierungen ermöglichen. So wurde

in der 4. Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz von 1970 die Basis für Preismeldungen außerhalb von Märkten geschaffen. Dadurch wurden insbesondere Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken erfaßt, die Fleisch ohne Berührung eines Lebendviehmarktes vermarkten. Sie unterliegen der Meldepflicht bei einer wöchentlichen Anlieferung von mindestens 75 Schweinen. In Schleswig-Holstein sind jedoch Betriebe, deren durchschnittliche wöchentliche Anlieferung 400 Schweine oder 100 Rinder nicht überschreitet, davon ausgenommen. Die Betriebe müssen die Gesamtmenge nach Stück und Gewicht, die gewogenen Auszahlungspreise an die Lieferanten, unterteilt nach Handelsklassen, sowie die je Marktklasse gelieferten Stückzahlen melden.

1990 waren in Schleswig-Holstein zwischen sechs und 13 Betrieben meldepflichtig. Ihre Gewichtsangaben werden nach dem Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik an das Statistische Landesamt weitergeleitet.

Abrechnung nach Schlachtgewicht inhaltlich festgelegt

Der Auszahlungspreis ist nach der 4. DVO definiert als „der frei Schlachtstätte je kg Schlachtgewicht gezahlte oder zu zahlende Preis ohne Umsatzsteuer nach Absetzung der Schlachtkosten, der Beschauggebühr und der sonstigen mit der Schlachtung zusammenhängenden Kosten, jedoch einschließlich des Entgeltes für Innereien und sonstige Nebenprodukte.“ Um den Auszahlungspreis vergleichbar zu machen und um eine stets gleichbleibende Schnitfführung zu gewährleisten, ist das Schlachtgewicht ebenfalls definiert, und zwar handelt es sich um das gleich nach der Schlachtung ermittelte Warmgewicht des geschlachteten und ausgeweideten Tieres. Die früher übliche Verringerung des Warmgewichts um 2 % ist seit dem 1. Januar 1983 nicht mehr zulässig. Um dem Erzeuger einen Vergleich der Notierungen mit dem Auszahlungspreis zu ermöglichen, gilt für die Meldung und für die Abrechnung eine einheitliche Definition. Die abrechnenden Betriebe sind seit 1976 verpflichtet, dem Lieferanten für jedes Stück Vieh das Schlachtgewicht und den Preis frei Schlachtstätte, unterteilt nach Kategorien, anzugeben. Falls nach dem Schlachtwert abgerechnet wird, ist der Preis auch unterteilt nach Handelsklassen anzugeben, zusätzlich zu den Vorkosten, d. h. den Beträgen, um die der Nettoauszahlungspreis des Betriebes gegenüber dem Preis frei Schlachtstätte verringert ist. Dies betrifft z. B. Transportkosten, Provision und Versicherungen.

7) PSE ist abgekürzt aus pale, soft, exudative (bleich, weich, wässrig), DFD aus dark, firm, dry (dunkel, fest, trocken)

8) Landwirtschaftsverlag GmbH (Hrsg.), top agrar, Magazin für moderne Landwirtschaft, Heft 1/1991, S. 9

Apparative Klassifizierung bringt objektive Einstufung

Die Ermittlung des Muskelfleischanteiles und damit der Handelsklassen von Schweinehälften ist bis zur Einführung des neuen Handelsklassenschemas (EUROP) und damit auftauchender Methoden der objektiven (apparativen) Klassifizierung ständiger Gegenstand des Mißtrauens der Mäster gewesen. Zurückzuführen ist dies wohl im wesentlichen auf Probleme bei der Klassifizierung. Die vordem eher subjektive Typbeurteilung konnte in Grenzfällen oder Fehlurteilen leicht zu Ertragsunterschieden von 20 bis 30 DM pro Schlachtschwein führen. Entsprechend war von Ende der 70er bis Mitte der 80er Jahre zunehmend auch nach „Lebendgewicht pauschal“ abgerechnet worden. Insbesondere in Norddeutschland wurde häufig zu vorher festgelegten Pauschalpreisen verkauft, eine Praxis, die eine differenzierte Einstufung nach Qualitätsklassen erschwerte.⁹

1989 wurden mehr als 80 % aller nach der 4. DVO gemeldeten Tiere (das sind gut 8 % aller gewerblich geschlachteten Schweine) nach Schlachtgewicht und Handelsklassen abgerechnet.

Von den zahlreichen Ansätzen zur Lösung der angeführten Probleme ist der weitreichendste wohl die bereits geschilderte europaweite Harmonisierung der Klassifizierungsnorm nach Gewicht und Muskelfleischanteil. In diesem Zusammenhang ist auch die apparative Klassifizierung entwickelt und eingeführt worden. Bereits

9) Timm, U., a.a.O. S. 88 ff

seit 1984 wird in Schleswig-Holstein zum Teil automatisch klassifiziert, und zwar unter Verwendung des FAT-O-MEAT'ERs (FOM)-Gerätes. Es mißt an zwei vorgeschriebenen Punkten durch den Sondeneinstich die Rückenspeckdicke und die Fleischdicke des Kotelettmuskels und berechnet so den Fleischanteil. Nach der ab 1. April 1987 geltenden Handelsklassenverordnung waren drei Verfahren der apparativen Klassifizierung zugelassen:

- das FOM-Gerät
- das SKG-Gerät (Schlaktkörperklassifizierungsgerät)
- das ZP-Verfahren (2-Punkt-Verfahren)

Ausgangspunkt der Einführung der apparativen Klassifizierung waren Untersuchungen, denen zufolge die geprüften Geräte gegenüber der konventionellen Klassifizierung deutlich geringere Schätzfehler aufwiesen. In Schleswig-Holstein wird zu mehr als 90 % das FOM-Gerät verwendet. Die neue Schlaktkörperbewertung soll auch die großen Preissprünge zwischen den Handelsklassen, die zum Teil 20 bis 30 Dpf je Kilogramm betragen haben, mindern. So kann jetzt nahezu stufenlos (in 1%-Schritten) bezahlt werden. Die Bezahlung geht von einem Basiswert von 53 % Muskelfleischanteil aus. Je Prozent Muskelfleischanteil mehr oder weniger werden Zu- bzw. Abschläge gewährt. Oberhalb 60 % und unterhalb 42 % Muskelfleischanteil verändert sich der Preis nicht mehr.

Die durch die Handelsklassenverordnung von 1987 gesetzlich zugelassenen drei Meßverfahren lassen aber offen, an welchen Stellen der Muskelfleischanteil

Anlieferung von Schlachtschweinen an Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken in Schleswig-Holstein¹

Jahr	Meldungen 4. DVO in % aller gewerblichen Schlach- tungen	Davon abgerechnet nach ... in %			
		Schlacht- gewicht und Handels- klassen	Schlacht- gewicht pauschal	Lebend- gewicht und Handels- klassen	Lebend- gewicht pauschal
1971	63,0	100	-	-	-
1975	72,1	100	-	-	-
1980	81,3	60,8	14,4	-	24,9
1985	77,4	64,9	8,2	-	26,9
1987	74,8	84,2	5,2	-	10,3
1989	83,4	82,9	5,3	-	11,2
1990	...	93,5	2,9	-	3,2

1) Meldungen der Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken gemäß der 4. DVO zum Vieh- und Fleischgesetz

gemessen werden soll. Daher können die Ergebnisse in Einzelfällen voneinander abweichen, die Vergleichbarkeit von Abrechnungen und Notierungen ist damit eingeschränkt. Die neue Handelsklassenverordnung vom August 1990 soll hier Klarheit schaffen. Sie läßt durch die Formulierung „durch ein Gerät zu ermitteln ... das nach manuellen Ansätzen an den Schlachtkörper automatisch mißt“ die Wahl des Verfahrens offen, legt jedoch einheitliche Meßstellen fest.

Betriebe, die wöchentlich mehr als 200 Schweine schlachten, müssen nach diesem fest vorgeschriebenen Verfahren den Muskelfleischanteil mit einem automatischen Gerät messen. Die zugelassenen Meßgeräte werden durch das Eichamt überwacht. Betriebe mit geringerer Kapazität können ein anderes, jedoch ebenso vorgeschriebenes Verfahren anwenden.

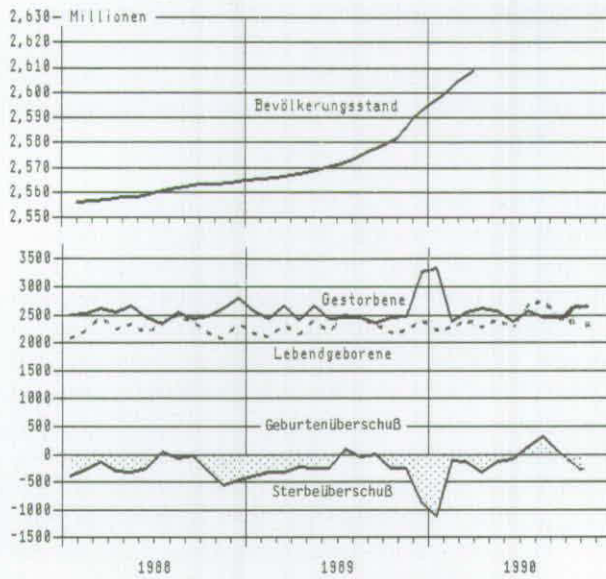
Welchen Vermarktungsweg der Erzeuger wählt, muß er, bei sehr sorgfältiger Verwiegung der Tiere möglichst noch auf dem Hof, durch Vergleich der ausgezahlten Erlöse frei Hof entscheiden. Die Preisentwicklung auf dem Schweinefleischmarkt bringt viele Erzeuger an den Rand der Existenz, zurückgehende Halterzahlen machen dies deutlich. In diesem Zusammenhang wird er-

kennbar, wie wichtig für den Erzeuger eine optimale Bewertung seiner Schlachttiere und eine gerechte und vergleichbare Preisfindung ist. In Ergänzung dazu komplettiert eine umfassende Statistik über Zahl und Gewicht geschlachteter Tiere die notwendige Transparenz auf den Märkten.

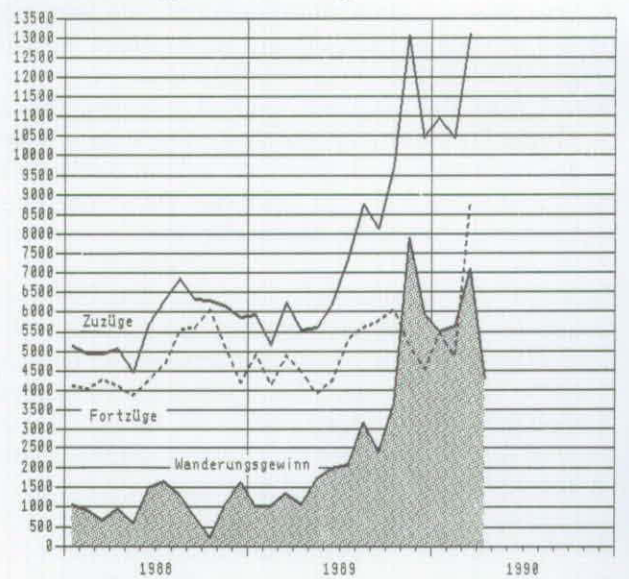
Aktuelle Informationen waren übrigens gerade auf dem Gebiet der Schlachtungen lange Zeit nicht vorhanden. Erst seit 1904 wird in Schleswig-Holstein eine Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik geführt, und 1909 wurde mit den Handelsklassen für Schweine eine allgemein gültige Schlachtwertklassenordnung geschaffen. Erst im Jahre 1900 war der Beschauzwang (die amtliche Untersuchung für zu menschlichem Genuß bestimmtes Fleisch) verbindlich vorgeschrieben worden. Damit war der Weg frei geworden für eine Erhebung von Schlachtdaten aus den Beschautagebüchern. Die heute gültige gesetzliche Grundlage für die Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik läßt sich über mehrere Stufen bis auf die Bekanntmachung über die Schlachtungs- und Fleischbeschaustatistik von 1940 zurückführen. Damit ist die Schlachtungsstatistik im Vergleich zu manch anderer landwirtschaftlicher statistischer Erhebung eine noch „junge“ Statistik.

Birgit von Brandis

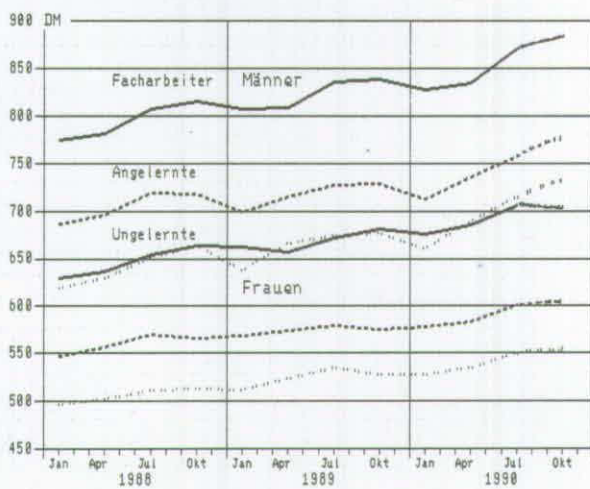
Bevölkerungsstand



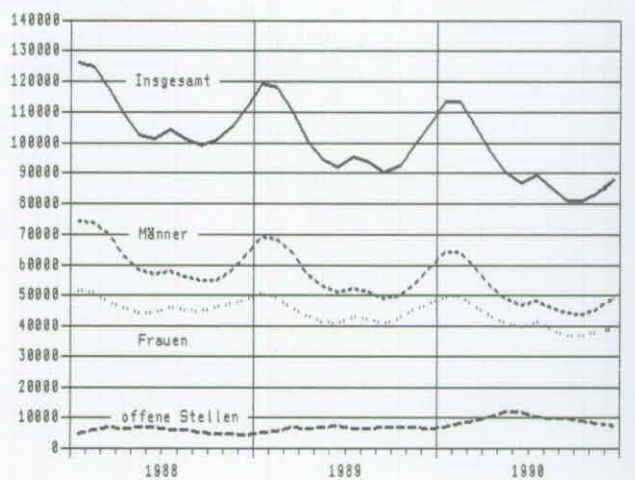
Bevölkerungsveränderung D 5867-A Stat. LA S-H



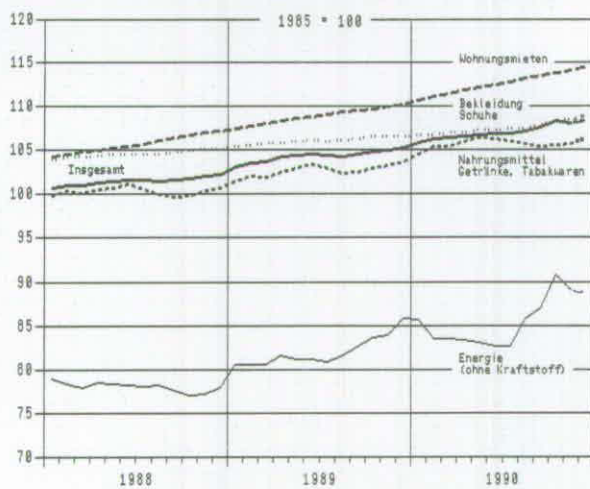
Bruttowochenverdienste



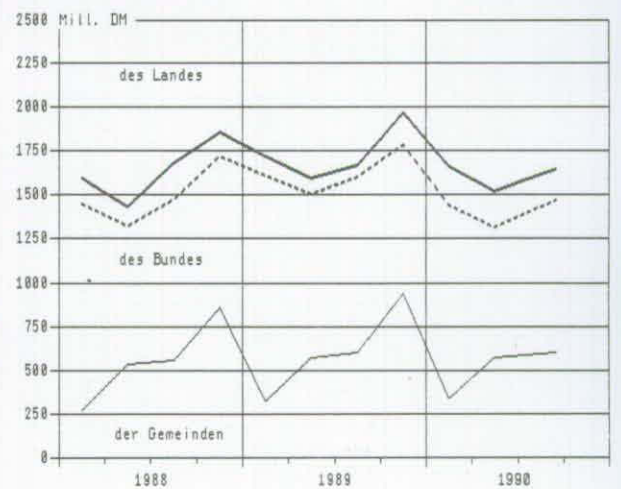
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



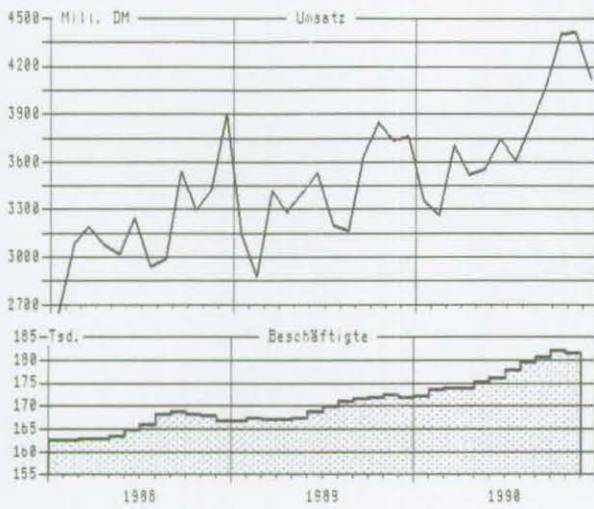
Steuereinnahmen



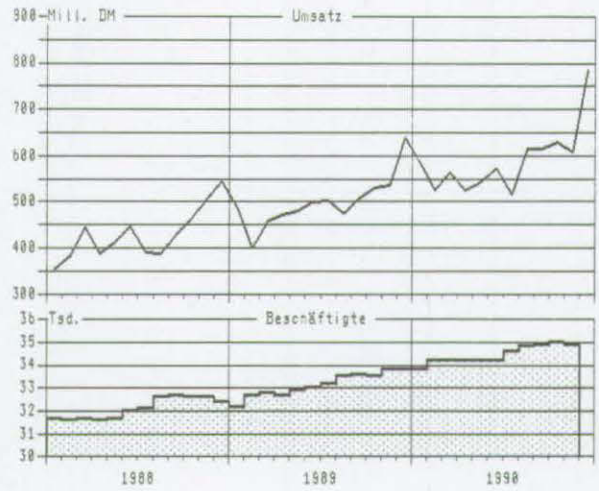
Verarbeitendes Gewerbe

D 5849-B Stat. LA S-H

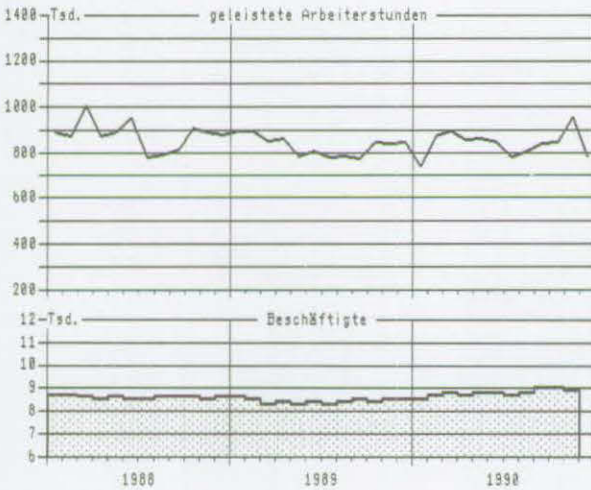
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



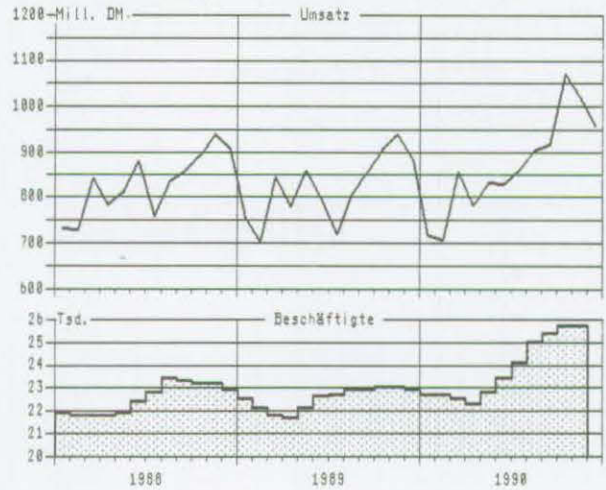
darunter Maschinenbau



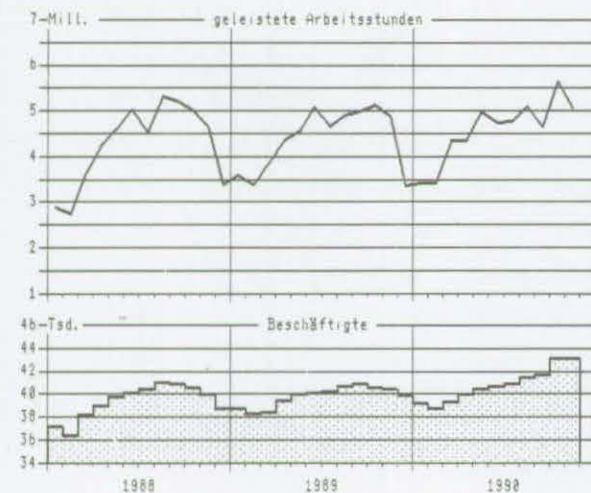
darunter Schiffbau



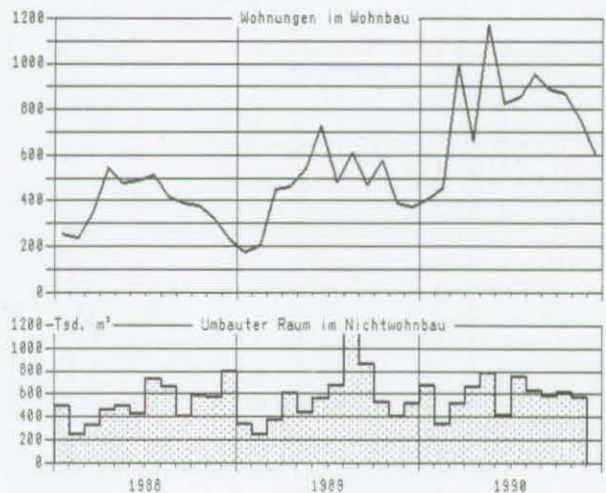
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

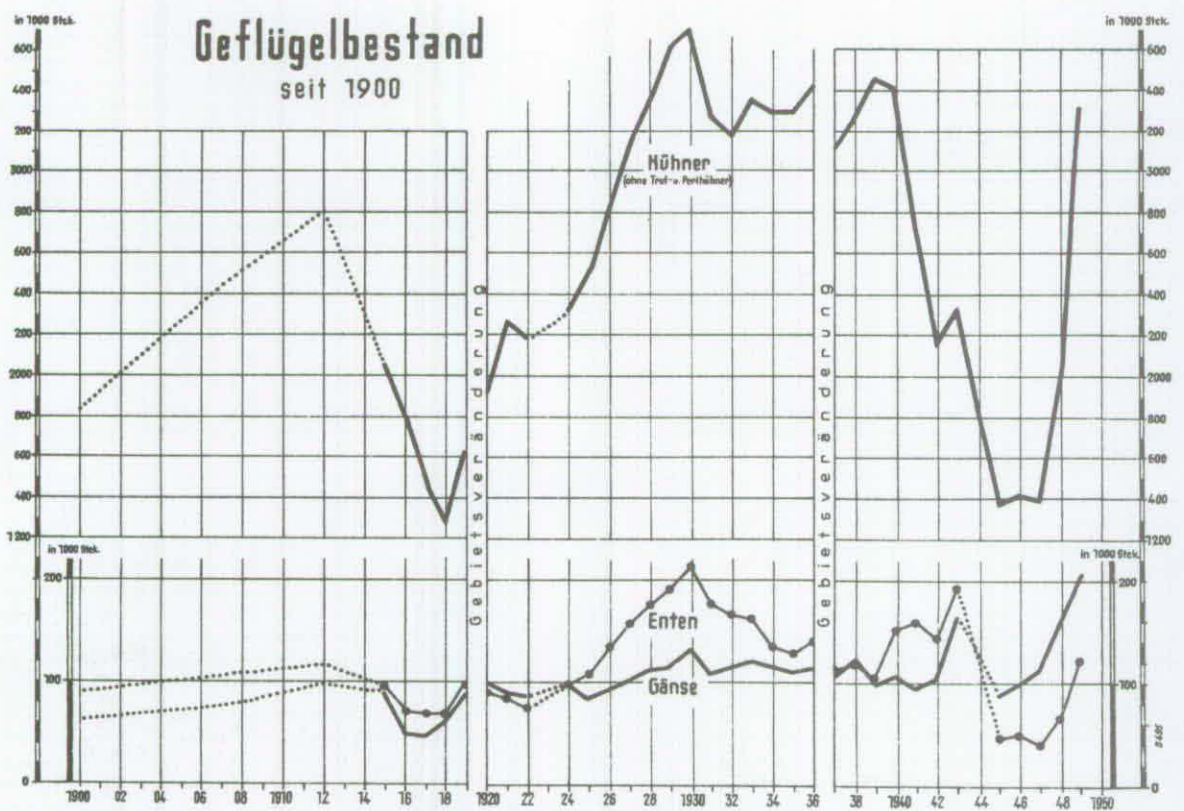
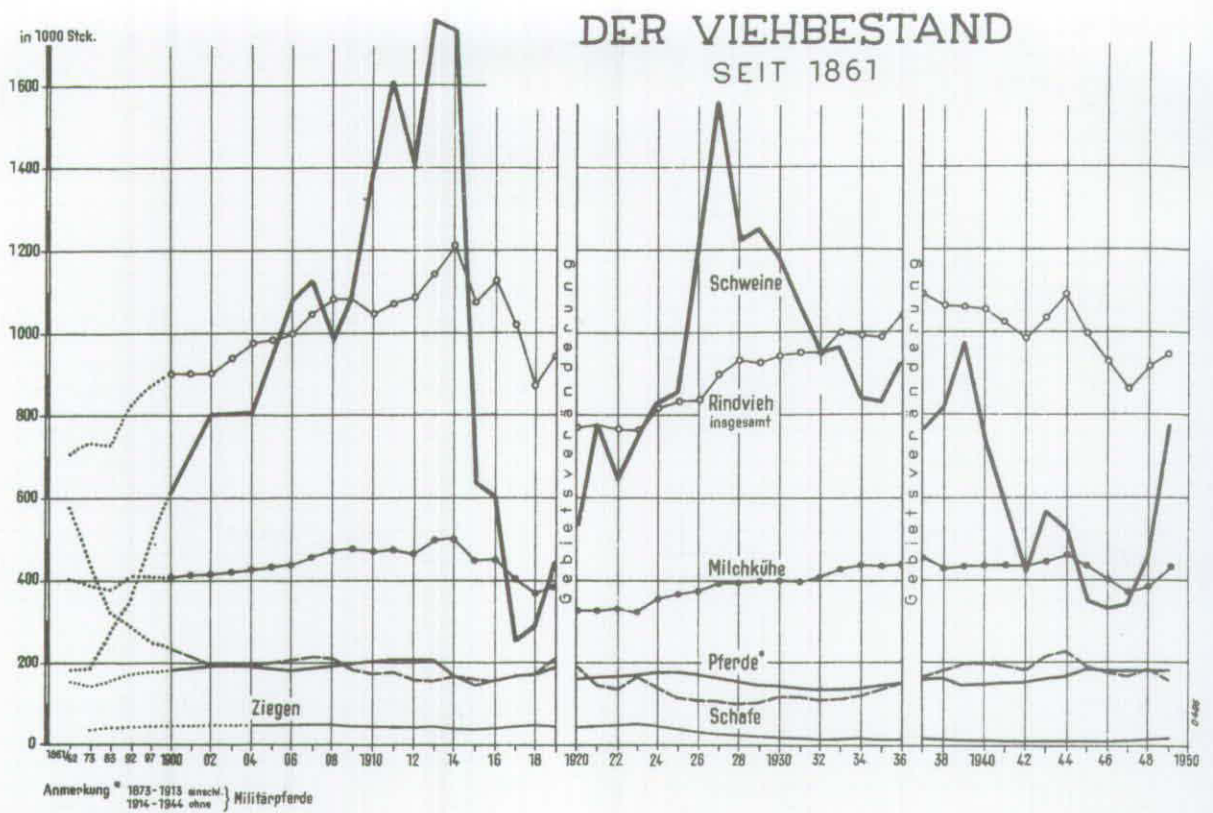


Bauhauptgewerbe

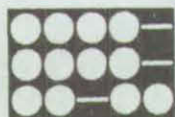


Baugenehmigungen





aus: Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Kiel 1951



Zahlenbeilage

<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		Dezember 1990		Januar bis Dezember 1990	
Beschäftigte	1 000	180	+ 5,0	177	+ 4,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	15	+ 3,3	16	+ 4,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	750	+ 12,1	693	+ 9,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 123	+ 9,9	3 799	+ 11,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 242	+ 11,3	2 950	+ 13,7
Auslandsumsatz	Mill. DM	881	+ 5,0	849	+ 3,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 205	+ 7,7	2 231	- 1,9
aus dem Inland	Mill. DM	1 540	+ 9,2	1 504	+ 4,6
aus dem Ausland	Mill. DM	665	+ 4,3	727	- 13,1
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	202	+ 6,4
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	42	+ 6,7	42	+ 5,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	3	+ 4,2	5	+ 5,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	133	+ 20,7	133	+ 13,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	563	+ 19,5	462	+ 18,3
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	288	+ 35,0	282	+ 19,3
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
Wohnbau	Wohnungen	807	+ 42,3	986	+ 50,8
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	729	+ 41,3	602	+ 8,1
EINZELHANDEL					
		November 1990		Januar bis November 1990	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	143,4	+ 14,9	127,5	+ 12,2
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	91,7	+ 4,4	118,3	+ 5,2
FREMDEVERKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000	p 211	p + 16,9	p 331	p + 10,2
Übernachtungen	1 000	p 704	p + 11,1	p 1 710	p + 9,8
ARBEITSMARKT					
		Dezember 1990		Januar bis Dezember 1990	
Arbeitslose	Anzahl	88 718	- 16,6	93 621	- 7,5
AUSSENHANDEL					
		Oktober 1990		Januar bis Oktober 1990	
Ausfuhr	Mill. DM	1 110,2	- 5,2	1 001,9	- 4,8
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾					
		November 1990		Januar bis November 1990	
kurzfristige Kredite	Mill. DM	10 118	+ 8,2	9 948	+ 10,1
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Mill. DM	53 047	+ 2,0	52 374	+ 2,7

Fußnoten nächste Seite

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987 ⁴⁾	2 654	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ²⁾						
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980				
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000													
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	63 993	2,5	55 218	0,2	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 584	5,6	56 805	2,9	95
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 484	2,8	57 313	0,9	94
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 670	4,6	59 053	3,0	93
1989	133	12	48	62	2	76 042	4,6	60 034	1,7	91

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000										
1985	1 592	526	1 743	2 995	549	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	1 342	141	753

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM			1 000 t SKE ⁸⁾			Beschäftigte am 30. 6. in 1 000
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	354	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40

1) Ergebnis der Volkszählung

2) ab 1987 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	von Auslands-gästen
1985	8	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	593
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 133 ^{a)}	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 141	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	12 555 ^{b)}	6 169 ^{b)}	1 898 ^{b)}	10 337 ^{b)}	3 448	444	17 650	866

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				* Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer fürsorge	
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte	insgesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt				
								insgesamt		Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000		Aufwand in Mill. DM
1985	1 265	54	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 ^{c)}	66,9		
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7		
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2		
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7		
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8		

Jahr	Steuern							Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn-gebäude 1980 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	insgesamt	Industriefarbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100				Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
								Männer	Frauen			
1985	100,0	100,0	114,5	100,0	100,0	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530
1986	97,5	94,3	116,2	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616
1987	95,1	91,7	118,6	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	121,2	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	125,5	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987 b) vorläufige Ergebnisse c) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1988	1989	1989			1990				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 560	2 574	2 582	2 590	2 595	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 439	1 437	1 343	932	1 429	1 835	1 321	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	6,7	6,1	4,4	6,5	
Lebendgeborene	Anzahl	2 276	2 281	2 180	2 226	2 406	2 478	2 470	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	10,6	10,0	10,5	10,9	
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 535	2 546	2 449	2 478	3 261	2 445	2 668	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	11,9	11,2	11,7	14,8	
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	15	15	12	14	13	14	
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	6,6	6,9	5,4	5,8	5,2	5,7	
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 259	- 264	- 269	- 252	- 855	+ 33	- 198	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 3,9	
WANDERUNGEN											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 671	7 672	9 719	13 042	10 459	
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 638	4 904	6 038	5 148	4 515	
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 033	+ 2 768	+ 3 681	+ 7 894	+ 5 944	
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	8 977	9 121	10 064	10 205	9 485	
Wanderungsfälle	Anzahl	19 286	21 697	25 821	28 395	24 459	
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	101	92	99	106	81	81	84	89	
darunter Männer	1 000	61	57	50	54	59	44	44	46	49	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	8,2	6,5	1,8	3,2	4,6	0,7	0,8	1,3	2,1	
darunter Männer	1 000	7,2	5,8	1,4	2,7	4,2	0,6	0,7	1,2	1,9	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,7	6,5	7,0	6,9	6,3	9,7	8,9	8,1	7,9	
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 481 ^a	1 491 ^a	.	.	1 491	.	.	.	p 1 525	
darunter Milchkühe	1 000	481 ^a	480 ^a	.	.	480	.	.	.	p 472	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
Schweine	1 000	1 540 ^a	1 451 ^a	.	.	1 451	.	.	.	p 1 448	
darunter Zuchtsauen	1 000	151 ^a	144 ^a	.	.	144	.	.	.	p 145	
darunter trächtig	1 000	103 ^a	99 ^a	.	.	99	.	.	.	p 99	
SCHLACHTUNGEN²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	43	41	64	59	30	62	79	71	50	
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Schweine	1 000 St.	212	189	189	191	179	203	226	227	181	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	2	1	1	2	2	1	1	2	2	
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,9	29,0	37,6	35,0	24,5	37,7	44,5	41,5	31,2	
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,0	12,7	21,0	18,4	9,0	19,3	23,9	20,7	14,9	
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t.	17,6	16,0	16,2	16,3	15,2	18,0	20,1	20,1	15,8	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	312	329	315	305	311	303	296	300	
Kälber	kg	127	131	136	135	133	109	120	123	119	
Schweine	kg	84	85	86	86	85	89	89	89	88	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	98	99	
	für Masthühnerküken	1 000	
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	121	77	
MILCHERZEUGUNG											
	1 000 t	198	201	199	187	194	185	190	183	185	
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	93	94	94	92	93	94	92	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,7	13,4	12,9	13,0	12,8	12,7	12,7	12,8	

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1988	1989	1989			1990				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PRODUZIERENDES GEWERBE											
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	169	172	172	172	181	182	181	180	
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	114	116	116	116	122	123	123	122	
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 433	15 483	16 494	16 577	14 636	16 570	17 519	17 688	15 128	
Lohnsumme	Mill. DM	344,4	360,4	360,0	471,4	374,9	391,6	413,1	514,3	418,4	
Gehaltssumme	Mill. DM	252,4	270,4	259,1	363,4	294,2	285,7	285,7	387,6	332,0	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 956	2 274	2 391	3 246	2 048	2 473	2 308	2 691	2 205	
aus dem Inland	Mill. DM	1 238	1 437	1 596	1 538	1 410	1 775	1 700	1 565	1 540	
aus dem Ausland	Mill. DM	718	837	795	1 708	638	699	608	1 126	665	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 194	3 414	3 846	3 731	3 752	4 074	4 400	4 411	4 123	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 427	2 595	2 889	2 868	2 913	3 247	3 451	3 466	3 242	
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	819	956	863	839	827	949	944	881	
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15	
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	45,4	47,0	
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	63	
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	
schweres Heizöl	1 000 t	67	56	
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	272	281	310	306	284	304	324	327	290	
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	34	42	43	36	27	44	44	40	
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	113,0	115,3	119,9	126,7	128,5	
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 301	39 744	40 540	40 392	39 791	43 183	43 065	43 047	42 447	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 262	4 382	5 126	4 863	3 345	4 852	5 641	5 061	3 485	
darunter für											
Wohnungsbauten	1 000	1 593	1 623	1 841	1 745	1 247	1 890	2 160	1 943	1 364	
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 071	1 181	1 377	1 353	932	1 214	1 416	1 339	935	
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 522	1 493	1 807	1 680	1 106	1 592	1 829	1 604	1 088	
Lohnsumme	Mill. DM	91,8	97,2	105,4	136,2	90,6	109,7	125,3	164,2	108,7	
Gehaltssumme	Mill. DM	18,6	19,3	18,6	27,8	19,4	20,6	21,0	34,5	23,9	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	359,5	390,8	462,5	517,2	471,3	505,6	559,3	609,3	563,1	
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	224,2	236,4	262,0	240,5	213,6	338,1	322,1	253,6	288,5	
AUSBAUGEWERBE⁹⁾											
Beschäftigte	Anzahl	7 134	7 542	8 289	8 263	8 064	8 449	8 929	...	8 733	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	848	896	1 042	1 032	892	960	1 136	...	931	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	21,6	23,4	28,6	23,9	24,1	27,8	...	27,5	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	57,5	64,0	75,1	87,4	112,7	76,6	92,2	...	123,0	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 299	2 185	2 010	2 401	2 506	
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	939	944	983	1 040	1 079	
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	
HANDWERK											
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	99,0	101,2	.	.	103,4	106,6	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	150,5	159,2	.	.	188,6	200,8	

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1988	1989	1989			1990				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	435	440	492	372	317	495	508	418	300	
darunter mit 1 Wohnung	Anzahl	386	373	418	312	240	403	422	303	225	
darunter mit 2 Wohnungen	Anzahl	33	40	37	38	35	53	45	42	31	
Rauminhalt	1 000 m ³	319	353	394	297	278	520	503	420	364	
Wohnfläche	1 000 m ²	56	63	71	55	50	93	92	79	64	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	113	128	101	107	132	124	91	113	
Rauminhalt	1 000 m ³	515	557	520	407	516	576	612	568	729	
Nutzfläche	1 000 m ²	86	90	98	73	91	104	98	81	110	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	634	730	836	677	650	1 299	1 204	1 101	1 062	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	923,9	1 046,3	1 171,3	1 026,9	1 003,9	760,5	1 110,2	
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	150,8	184,9	218,7	175,9	157,2	109,7	162,7	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	773,2	861,4	952,5	851,0	846,7	650,8	947,5	
davon Rohstoffe	Mill. DM	13,2	16,2	21,2	17,8	13,0	13,2	20,5	
Halbwaren	Mill. DM	54,8	64,6	68,3	72,3	56,2	56,7	61,2	
Fertigwaren	Mill. DM	705,2	780,6	863,1	760,9	777,5	580,9	865,8	
davon Vorerzeugnisse	Mill. DM	124,0	125,7	134,8	135,9	104,2	106,4	139,5	
Enderzeugnisse	Mill. DM	581,2	654,9	728,3	625,0	673,3	474,5	726,3	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	457,6	514,1	559,8	577,2	464,6	431,8	546,5	
darunter Niederlande	Mill. DM	85,9	104,7	127,0	131,3	103,4	82,1	123,7	
Frankreich	Mill. DM	83,3	93,4	90,9	103,8	83,2	64,4	88,0	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	78,9	84,5	99,9	91,5	69,4	58,8	80,0	
Dänemark	Mill. DM	77,5	74,5	85,7	76,6	70,7	95,8	76,3	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	110,2	p 116,2	p 116,3	p 124,8	p 145,4	p 123,4	p 138,1	p 143,4	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	106,9	p 111,3	p 104,6	p 87,8	p 98,8	p 134,3	p 113,1	p 91,7	...	
FREMDENVKEHR IN BEHERBERGUNGSSÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	266	287	307	180	146	417	348	p 210	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	37	34	28	25	42	40	p 35	...	
Übernachtungen	1 000	1 432	1 471	1 340	634	508	2 216	1 544	p 704	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	72	70	55	53	78	78	p 64	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 450	1 490	1 755	1 690	1 331	
Güterversand	1 000 t	880	920	954	909	939	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	147	136	182	165	143	136	143	134	...	
Güterversand	1 000 t	163	158	184	194	140	145	159	167	...	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Krafträder	Anzahl	239	258	77	32	245	153	82	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	9 044	8 970	9 148	8 246	8 898	8 534	11 648	
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	437	467	472	468	433	539	652	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 426	1 399	1 526	1 362	1 231	1 576	1 350	p 1 389	p 1 200	
Getötete Personen	Anzahl	31	29	33	30	35	38	18	p 43	p 27	
Verletzte Personen	Anzahl	1 832	1 802	1 977	1 746	1 656	2 112	1 663	p 1 749	p 1 577	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1988	1989	1989			1990				
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mi11. DM	77 967	80 020	79 700	80 108	80 020	81 419	81 811	82 214	83 070	
darunter											
Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mi11. DM	76 574	78 780	78 357	78 730	78 780	79 797	80 166	80 492	81 367	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mi11. DM	8 933	9 784	9 540	9 644	9 784	10 409	10 356	10 213	10 565	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mi11. DM	8 742	9 336	9 370	9 354	9 336	10 181	10 163	10 118	10 451	
an öffentliche Haushalte	Mi11. DM	191	448	170	290	448	227	193	95	114	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mi11. DM	4 225	4 157	4 120	4 138	4 157	4 330	4 329	4 465	4 564	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mi11. DM	3 525	3 636	3 626	3 634	3 636	3 649	3 654	3 695	3 810	
an öffentliche Haushalte	Mi11. DM	701	521	494	504	521	682	675	771	754	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mi11. DM	63 416	64 839	64 697	64 946	64 839	65 058	65 481	65 814	66 238	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mi11. DM	46 583	48 165	48 022	48 356	48 165	48 967	49 161	49 352	49 552	
an öffentliche Haushalte	Mi11. DM	16 832	16 674	16 675	16 590	16 674	16 091	16 319	16 461	16 686	
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mi11. DM	57 188	60 676	58 981	59 895	60 676	61 996	62 493	63 470	64 837	
Sichteinlagen und Termingelder	Mi11. DM	36 452	40 596	39 304	40 342	40 596	43 078	43 623	44 638	45 311	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mi11. DM	28 834	32 511	31 388	32 340	32 511	35 016	35 452	36 407	36 871	
von öffentlichen Haushalten	Mi11. DM	7 618	8 086	7 916	8 001	8 086	8 063	8 171	8 231	8 440	
Spareinlagen	Mi11. DM	20 736	20 080	19 678	19 554	20 080	18 918	18 870	18 832	19 526	
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mi11. DM	
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mi11. DM	1 095	4 103	.	.	4 103	
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mi11. DM	1 074	3 786	.	.	3 786	
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	53	59	79	54	49	55	44	34	40	
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	156	142	161	145	143	119	
Wechselsumme	Mi11. DM	1,1	1,0	1,0	1,1	0,9	1,3	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART											
		Vierteljahres- durchschnitt				4. Vj. 89	3. Vj. 90	4. Vj. 90			
Gemeinschaftssteuern	Mi11. DM	2 883,2	3 099,1	-	-	3 428,3	2 785,1	-	-	-	
Steuern vom Einkommen	Mi11. DM	2 016,4	2 178,7	-	-	2 539,4	1 858,4	-	-	-	
Lohnsteuer 4)	Mi11. DM	1 466,4	1 574,5	-	-	1 874,0	1 514,6	-	-	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mi11. DM	303,6	349,4	-	-	433,5	306,0	-	-	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mi11. DM	45,2	71,6	-	-	32,6	47,7	-	-	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mi11. DM	201,3	183,3	-	-	199,3	9,9	-	-	-	
Steuern vom Umsatz	Mi11. DM	866,8	920,3	-	-	888,8	926,7	-	-	-	
Umsatzsteuer	Mi11. DM	503,0	519,2	-	-	477,6	626,2	-	-	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mi11. DM	363,7	401,1	-	-	411,2	300,5	-	-	-	
Bundessteuern	Mi11. DM	130,5	142,6	-	-	154,6	47,7	-	-	-	
Zölle	Mi11. DM	0,1	0,0	-	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mi11. DM	115,0	122,8	-	-	142,4	33,1	-	-	-	
Landessteuern	Mi11. DM	192,9	212,2	-	-	213,3	188,1	-	-	-	
Vermögensteuer	Mi11. DM	34,8	35,8	-	-	37,4	35,0	-	-	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mi11. DM	80,8	92,1	-	-	82,5	70,5	-	-	-	
Biersteuer	Mi11. DM	6,9	6,9	-	-	6,9	9,0	-	-	-	
Gemeindesteuern	Mi11. DM	308,7	334,0	-	-	340,7	377,6	-	-	-	
Grundsteuer A	Mi11. DM	7,8	7,8	-	-	7,2	8,1	-	-	-	
Grundsteuer B	Mi11. DM	71,4	76,9	-	-	72,4	91,4	-	-	-	
Gewerbesteuer	Mi11. DM	220,9	238,0	-	-	248,7	263,1	-	-	-	
nach Ertrag und Kapital (brutto)											
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
Steuereinnahmen des Bundes	Mi11. DM	1 488,0	1 620,0	-	-	1 780,8	1 466,0	-	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mi11. DM	776,4	860,0	-	-	1 008,4	797,6	-	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mi11. DM	563,4	598,2	-	-	577,8	602,4	-	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mi11. DM	17,7	19,3	-	-	40,0	18,3	-	-	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mi11. DM	1 638,5	1 734,2	-	-	1 967,0	1 642,3	-	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mi11. DM	945,7	998,8	-	-	1 157,2	754,2	-	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mi11. DM	482,2	503,9	-	-	556,5	681,8	-	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mi11. DM	17,7	19,3	-	-	40,0	18,3	-	-	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mi11. DM	557,7	611,2	-	-	938,8	601,3	-	-	-	
Gewerbesteuer											
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mi11. DM	185,5	199,4	-	-	168,7	226,5	-	-	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mi11. DM	284,4	315,8	-	-	678,1	260,3	-	-	-	

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1988	1989	1989			1990				
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100										
Einfuhrpreise	80,8	84,4	84,1	83,4	83,0	83,9	85,0	84,1
Ausfuhrpreise	99,3	102,1	102,3	102,0	101,6	102,5	102,5	102,4
Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100	102,2	107,7	108,1	107,3	106,7	107,9
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	96,3	99,3	100,1	100,0	100,0	101,7	102,1	101,8
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	91,8	99,8	102,9	101,3	100,7	p 92,8	p 90,3	p 90,6
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	121,2	125,5	.	127,1
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	91,4	96,4	96,4	96,1	96,5	94,3	95,2	p 94,8
Einzelhandelspreise 1980 = 100	118,5	121,1	121,5	121,7	122,2	124,1	125,0	124,8	124,9	124,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	101,4	104,2	104,7	104,9	105,2	107,5	108,2	108,0	108,1	108,1
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,3	102,6	102,8	103,1	103,6	105,3	105,5	105,6	106,0	106,0
Bekleidung, Schuhe	104,5	106,0	106,5	106,5	106,5	107,8	108,1	108,6	108,7	108,7
Wohnungsmieten	105,6	108,8	109,6	109,9	110,1	113,4	113,6	113,9	114,2	114,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	78,1	82,0	83,6	83,9	85,8	87,0	90,8	89,0	88,6	88,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	103,3	104,9	105,6	105,7	105,8	107,7	108,1	108,2	108,3	108,3
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	764	786	797	.	.	.	844	.	.	.
darunter Facharbeiter	798	827	838	.	.	.	884	.	.	.
weibliche Arbeiter	536	552	553	.	.	.	580	.	.	.
darunter Hilfsarbeiter	508	526	527	.	.	.	553	.	.	.
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	18,78	19,44	19,61	.	.	.	20,89	.	.	.
darunter Facharbeiter	19,71	20,49	20,66	.	.	.	22,02	.	.	.
weibliche Arbeiter	13,62	14,07	14,14	.	.	.	14,83	.	.	.
darunter Hilfsarbeiter	12,90	13,34	13,39	.	.	.	14,04	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,6	40,4	40,6	.	.	.	40,4	.	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,3	39,2	39,1	.	.	.	39,1	.	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 609	4 759	4 788	.	.	.	5 044	.	.	.
weiblich	3 159	3 285	3 318	.	.	.	3 501	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 699	4 849	4 904	.	.	.	5 178	.	.	.
weiblich	3 075	3 217	3 255	.	.	.	3 468	.	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 690	3 831	3 863	.	.	.	4 022	.	.	.
weiblich	2 529	2 634	2 659	.	.	.	2 789	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 648	3 772	3 795	.	.	.	3 742	.	.	.
weiblich	(2 578)	(2 653)	2 677	.	.	.	2 713	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 986	4 126	4 159	.	.	.	4 348	.	.	.
weiblich	2 708	2 823	2 850	.	.	.	2 999	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 631	4 779	4 832	.	.	.	5 069	.	.	.
weiblich	3 064	3 205	3 244	.	.	.	3 453	.	.	.

1) Bestandszahlen bei Kredits und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1990		Bevölkerungsveränderung im März 1990			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1990 (vorläufige Zahlen)			
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	87 023	+ 0,2	+ 1,3	4	158	162	31	-	37
KIEL	244 209	+ 0,1	+ 1,3	- 24	200	176	101	-	143
LÜBECK	213 883	+ 0,1	+ 1,6	- 39	301	262	101	2	120
NEUMÜNSTER	80 442	+ 0,1	+ 1,1	- 4	73	69	38	1	46
Dithmarschen	128 668	+ 0,2	+ 1,4	7	224	217	62	3	92
Hzgt. Lauenburg	158 108	+ 0,2	+ 2,3	2	375	373	87	4	122
Nordfriesland	151 647	+ 0,0	+ 1,3	7	60	67	62	-	83
Ostholstein	188 233	+ 0,2	+ 2,2	15	308	293	71	2	87
Pinneberg	266 775	+ 0,1	+ 1,5	13	312	325	117	-	146
Plön	120 960	+ 1,1	+ 3,8	- 8	1 380	1 372	51	-	69
Rendsburg-Eckernförde	245 770	+ 0,1	+ 1,2	- 9	302	298	108	3	157
Schleswig-Flensburg	179 442	+ 0,1	+ 1,5	2	265	267	94	5	121
Segeberg	218 704	+ 0,2	+ 1,7	- 33	389	356	117	3	150
Steinburg	127 403	- 0,2	+ 1,3	2	- 247	- 245	65	3	72
Stormarn	197 323	+ 0,1	+ 1,5	- 31	179	148	95	1	132
Schleswig-Holstein	2 608 590	+ 0,2	+ 1,6	- 144	4 284	4 140	1 200	27	1 577

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1990		
	Betriebe am 31. 12. 1990	Beschäftigte am 31. 12. 1990	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1990 MILL. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLensburg	68	9 244	246	40 343	36 147	415
KIEL	131	22 590	409	113 134	101 193	414
LÜBECK	141	21 682	528	96 397	86 406	404
NEUMÜNSTER	75	10 661	135	40 773	36 286	451
Dithmarschen	68	7 201	317	76 445	62 441	485
Hzgt. Lauenburg	104	9 087	152	92 788	80 575	510
Nordfriesland	60	3 476	97	92 059	75 517	498
Ostholstein	82	6 520	147	105 276	90 903	483
Pinneberg	192	21 589	432	150 468	131 648	493
Plön	45	2 986	52	68 494	58 274	482
Rendsburg-Eckernförde	126	10 540	252	144 339	121 991	496
Schleswig-Flensburg	80	5 429	132	107 920	88 344	492
Segeberg	191	20 083	482	143 183	123 340	564
Steinburg	81	9 499	249	75 252	62 410	490
Stormarn	169	19 911	492	120 628	106 427	539
Schleswig-Holstein	1 613	180 498	4 123	1 467 499	1 261 902	484

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1990 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 31. 3. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1989			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 12. 1990	Kurzarbeiter Monatsmitte Dezember 1990	offene Stellen 31. 12. 1990	Schweine insgesamt am 3. 8. 1990	Rindvieh am 3. 6. 1990	
		VZ 1987	Vorjahresstand					insgesamt	Milchkühe
Schleswig-Holstein	2 594,6	+ 1,6	+ 1,2	88,7	2,1	7,9	1 497	1 504	437
Hamburg	1 626,2	+ 2,1	+ 1,4	68,2	1,1	6,9	5	12	2
Niedersachsen	7 283,8	+ 1,7	+ 1,4	259,5	6,4	23,3	7 233	3 341	939
Bremen	673,7	+ 2,1	+ 1,8	34,5	1,4	4,0	8	23	4
Nordrhein-Westfalen	17 103,6	+ 2,3	+ 1,4	583,9	10,1	60,9	6 193	1 918	522
Hessen	5 660,6	+ 2,8	+ 1,6	127,7	3,2	23,0	1 116	732	238
Rheinland-Pfalz	3 701,7	+ 2,0	+ 1,3	89,8	1,7	13,3	537	554	186
Baden-Württemberg	9 618,7	+ 3,6	+ 2,0	167,8	9,6	68,7	2 251	1 599	592
Bayern	11 220,7	+ 2,9	+ 1,6	238,5	10,9	64,3	3 845	4 912	1 834
Saarland	1 064,9	+ 0,9	+ 1,0	36,4	1,9	3,5	36	68	22
Berlin (West)	2 130,5	+ 5,9	+ 3,0	89,1	2,1	6,8	3	1	0
Bundesgebiet	62 679,0	+ 2,6	+ 1,6	1 784,2	50,5	282,5	22 723	14 663	4 775

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾			Wohnungswesen im August 1990	
	Beschäftigte am 31. 10. 1990 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1990		Beschäftigte am 30. 9. 1990		zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mitt. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	je 10 000 Einwohner ⁴⁾	
Schleswig-Holstein	182	4 400	22	42	16	1 396	5,4	
Hamburg	136	8 700	13	22	13	294	1,8	
Niedersachsen	686	18 277	30	114	16	4 434	6,1	
Bremen	84	2 547	36	11	16	289	4,3	
Nordrhein-Westfalen	2 042	46 230	27	237	14	5 782	3,4	
Hessen	663	13 584	26	91	16	2 685	4,7	
Rheinland-Pfalz	391	9 413	35	61	16	2 186	5,9	
Baden-Württemberg	1 539	30 998	29	172	18	7 126	7,4	
Bayern	1 465	28 292	31	240	21	7 725	6,9	
Saarland	141	2 700	30	17	16	482	4,5	
Berlin (West)	176	5 188	12	37	17	818	3,8	
Bundesgebiet	7 504	170 330	27	1 043	17	33 217	5,3	

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 7. 1990			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Oktober 1990				Bestand an Spar-einlagen ⁸⁾ am 28. 2. 1990 in DM je Einw. ⁹⁾	Steuereinnahmen im 3. Vierteljahr 1990		
	insgesamt in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁴⁾								
								in DM je Einwohner ⁹⁾			
Schleswig-Holstein	1 467	1 262	486	1 350	18	1 663	125	7 636	681	567	...
Hamburg	753	679	417	904	4	1 172	130	10 372	1 069	4 456	...
Niedersachsen	4 160	3 554	488	3 871	109	5 096	134	9 133	680	603	...
Bremen	311	280	416	362	3	423	118	10 580	754	1 450	...
Nordrhein-Westfalen	9 106	8 118	475	7 423	145	9 481	130	9 847	778	1 401	...
Hessen	3 414	969	525	2 729	64	3 697	138	11 537	861	1 019	...
Rheinland-Pfalz	2 248	1 901	513	1 637	51	2 134	133	10 729	677	673	...
Baden-Württemberg	5 798	4 919	511	4 144	113	5 460	134	11 991	842	982	...
Bayern	6 928	5 667	505	5 880	193	8 099	141	12 226	786	863	...
Saarland	612	543	510	480	5	648	136	9 787	670	633	...
Berlin (West)	847	741	348	1 183	8	1 412	120	9 119	544	1 950	...
Bundesgebiet	35 748	30 685	490	30 338	729	39 749	133	10 627	773	1 150	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 12. 1989
 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn
 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen
 9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- .
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

